ROTE ANNELIESE

Nr. 178 / Juli 2003 Fr. 6.–

Leukerbad: Präsident J.R. Roten unter Druck

Schulden

Wiedersehen mit Kari B. und Franz H.

Seite 3

Irak-Demo:

Tony Jossen schoss aus der Hüfte

Seite 6

Beat Abgottspon:

PUK-Rede abgekupfert!

Seite 4

Bumann-Bonvin AG:

Die Anklage

Seite 8

Submission: Staatsrat Rey-Bellet verpulvert 1,4 Millionen Seite 12

Aus dem Leukerbad-Debakel nichts gelernt!

Der Walliser Bote: Im letzten Sommer liess Otto G. die Puppen wieder tanzen. Nachdem die RA seinen aufwändigen Lebensstil publik machte und auf den subventionierten CVP-Anwalt verwies, prahlte er im WB wie zu alten Zeiten: Jetzt bezahle er den Anwalt selber und jeder, der seine «Kreditwürdigkeit» in Zweifel ziehe, werde angezeigt.

Die Bau-Firmen: Dann meldete die RA den Bau von Ottos Supervilla in Randogne und nannte die Namen der Firmen mit dem unerschütterlichen Gottvertrauen. «Woher hat Otto G. das Geld?» lautete unsere Frage. Wie die Wirtschaftszeitschrift «Cash» jetzt berichtet, warten die Firmen immer noch auf ihr Geld. Auch Paul Inderkummens Arnold AG baute mit. Mittlerweile wurden alle Arbeiter entlassen.

Staatsrat Wilhelm Schnyder: Der CSPO-Präfekt Josef Bumann wurstet munter weiter, obwohl Gemeindevertreter, Ingenieure und Beamten längst Zetter und Mordio schlagen. Bumanns Ingenieurbüro steht unter Anklage der Urkundenfälschung; der Vorwurf massiver Kostenüberschreitungen ertönt aus allen Windrichtungen und CSPO-Politiker sprechen von «Doppelverrechnungen» und «betrügerischer Rechnungsstellung». Aber Schnyder lässt seinem «Ermessen» wie im Fall Leukerbad weiten Raum.

Staatsrat Jean-René Fournier: Der Betreibungsbeamte Paul-Bernhard Bayard ist immer noch im Amt, obwohl er Präsident der Gertschen AG war, welche Hunderttausende von Franken Schwarzgelder verschob. Bayards Treuhand-Büro führte die Buchhaltung und groteskerweise musste Bayards Betreibungsamt gar die Gertschen AG betreiben! Aber wie sein Vorgänger Gertschen im Fall Leukerbad sieht Fournier keinen Handlungsbedarf.

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet: Nachdem ihm sogar ein CVPO-Grossrat «Günstlingswirtschaft» vorgeworfen hat, sprang er wie ein wilder Tiger an die Wand und forderte Beweise. Die RA-Recherchen zeigen, wie das Baudepartement 1,4 Millionen für den Heimatschutz opfert, während Rey-Bellet mit seinem Sektionschef Ignaz Burgener auf der Furka mit dem Fendant-Glas prostet.

CVPO-Fraktionschef Beat Abgottspon: In grenzenloser Naivität liess er sich in der Leukerbad-Debatte instrumentalisieren. Gegen die Interessen des Kantons und gegen den eigenen Staatsrat Fournier machte er sich zum Sprachrohr des uneinsichtigen Alt-Staatsrat Gertschen. Das Tandem Gertschen-Abgottspon wird den Kanton wahrscheinlich Millionen kosten.

Die StimmbürgerInnen von Leukerbad: Im Juni wählten die LeukerbadnerInnen den CSPO-Mann Pascal Grichting zum Vizepräsidenten und erteilten der SPO-Vertreterin Sylvie Zumofen eine klare Absage. Grichting hat zwei Konkurse auf dem Buckel und stand zum Zeitpunkt der Wahl bei der Gemeinde noch mit über 20 000 Franken in der Kreide, und zwar seit Jahren!

Kurt Marti

Inhalt

J. R. Roten: Unter Druck ▶ Seite 3

R. Gertschen: CVP-Missionar ▶ Seite 4

Tony Jossen Aus der Hüfte ▶ Seite 6

Antifa-Aktion: Besuch der Skins ▶ Seite 7

Josef Bumann: Wer stoppt ihn? ▶ Seite 8

IV-Stelle: Sparen, wo es weh tut! ▶ Seite 10

Naters: Kleines Emmen ▶ Seite 11

Vergabewesen: 1,4-Mio-Geschenk ▶ Seite 12

Hebammen: Keine Probleme ▶ Seite 14

Nordirland: Neue Gewalt? ▶ Seite 15

Dorothee Sölle: Widerstand und Mystik ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Zi-Täter: Mein Gott! ▶ Seite 19

Arnold AG: Ende mit Schrecken ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
Martina Schild
Michael Näpfli
Renata Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

Mutiert die RA zur Militär-Revue?

Da soll einer sagen, die RA sei militärfeindlich! Soeben kehrte RA-Jungredaktor Cyrill Pinto mit dem Vorschlag zum Weitermachen aus der RS zurück, während RA-Jungredaktor Patrick Zehner bereits den Winkel hat. Diese Leistungsausweise muss RA-Redaktor Kurt Marti neidlos anerkennen, wenn auch mit Zähneknirschen, trägt er selbst bloss den lumpigen Titel eines Gef Ins (Gefängnis-Insasse). Dennoch können wir den RA-LeserInnen zwei Dinge versichern: Einen verurteilten Landesverräter haben wir keinen unter uns und zur Militär-Revue mutieren wir auch nicht.

Franziska Schmid: CVPO-Bibelwitze

Was ist nur mit der CVPO los? Zuerst setzt sie das Photo von JCVPO-Nationalratskandidatin Franziska Schmid unter die CVPO-Neinparole zur Behinderteninitiative, obwohl Schmid am Tag zuvor die Behinderteninitiative verteidigt hatte. Als die JUSO dies aufgreift, ätzt die CVPO zurück: «Wie jeder weiss, kann man mit Aussagen aus der Bibel alle Sachen beweisen. Die Sätze sind aus dem Zusammenhang gerissen.» Da stellt man sich doch ein paar Fragen: Erstens: Seit wann macht die CVPO Bibelwitze? Und zweitens: Wie bitte kann man den Satz «Ich sage Ja zur Behinderteninitiative» aus dem Zusammenhang reissen?

Markus Truffer spricht «deutscher»

Im Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) im Fall der Arnold AG wird der Presse, sprich der Roten Anneliese, ein Zitat untergejubelt, welches nachweislich aus einem anonymen Schreiben an die GPK stammt. Darin ist von einem Bodenverkauf der Ival Holding AG an die Leukerfeld Beton AG für 1 Million Franken die Rede. Auf diesen Lapsus angesprochen, ist das GPK-Mitglied Markus Truffer (CVPO) schnell mit einer Korrektur zur Stelle. Es müsse «deutscher» heissen: «Durch die Presse und **andere** wurden...» Es wäre übrigens auch sonst nicht schlecht, wenn sich die GPK etwas «deutscher» ausdrücken würde.

Präsident von Leukerbad unter Druck

■ 140 000 Franken Schulden bei der Gemeinde
■ EinwohnerInnen fragen sich:

«Wieso Steuern zahlen?»

LEUKERBAD – **Der neue Gemeindepräsident Jean-Roland Roten hat nicht nur die hochverschuldete Gemeinde Leukerbad am Hals. Mit dem konkursiten Hotel Alpenblick steht die Familie Roten bei der Gemeinde mit 140 000 Franken selber in der Kreide, davon rund 20 000 Franken Steuerschulden. Rotens Glaubwürdigkeit wird angezweifelt. Jetzt geht Roten in die Offensive und nennt die Mitverantwortlichen.**

VON KURT MARTI

«Wenn sogar der Gemeindepräsident der Gemeinde Geld schuldet, wieso sollen wir dann unsere Steuern noch bezahlen?» fragen sich kritische EinwohnerInnen von Leukerbad. In Leukerbad steht die Glaubwürdigkeit des Gemeindepräsidenten Jean-Roland Roten (CVP) auf dem Spiel. Die Rede ist vom Konkurs des Hotels Alpenblick, das Roten und sein Bruder seit 15 Jahren führten und das juristisch auf den Namen ihres Vaters lautete. RA-Recherchen ergaben, dass sich die gesamten Gemeindeschulden des Hotels Alpenblick auf rund 140 000 Franken belaufen, davon rund 20 000 Franken Steuerschulden. Beim grossen Rest handelt es sich um nichtbezahlte Gebühren für Strom, Abfall, Abwasser, usw. Vor einem Jahr hinterlegte Vater Roten die Bilanz und später wurde der Konkurs ausgesprochen. Das Hotel wurde an einen Basler versteigert. Der Steigerungserlös von 2,25 Millionen ging an die UBS. Bis Ende Juni 2003 haben die Gebrüder Roten das Hotel Alpenblick in Form einer GmbH weiterbetrieben.

Konkurs des Hotels Alpenblick: *«Karl Bumann und Franz Hildbrand tragen Mitverantwortung»*

Karl Bumann: Mitverantwortung

Roten selbst schätzt die Höhe seiner Gemeindeschulden auf rund 120 000 Franken. *«Genau kann ich das nicht sagen. Das Dossier liegt beim Beirat Walter Lengacher.»* Und Roten beteuert gegenüber der RA: *«Die Gemeinde soll durch den Konkurs des Hotels Alpenblick nicht zu Schaden kommen. Ich werde die Forderungen der Gemeinde innert nützlicher Frist zurückkaufen.»* Er zieht schon fast sarkastisch den Vergleich zwischen Gemeinde und Alpenblick: Hier wie dort müsse er sich mit Schulden auseinandersetzen, wenn auch in unterschiedlicher Höhe. Auch einer der Hauptakteure ist derselbe: Gemeinde-Architekt Karl Bumann, der sich im Herbst zusammen mit Otto G. Loretan vor dem Bezirksgericht verantworten muss. Laut Roten trägt Bumann *«die Mitverantwortung am finanziellen Ruin des Hotels Alpenblick.»*

Statt auf der Baustelle in der Dala-Bar

Vor rund 20 Jahren, als Jean-Roland Roten 17-jährig war, entschloss sich Vater Roten für einen Ausbau des Alpenblicks. Bumann schätzte die Kosten auf 3,5 Millionen. *«Durch seine Fehleinschätzungen wurde der Kostenrahmen buchstäblich über den Haufen geworfen und die Kosten türmten sich schlussendlich auf rund 9 Millionen. Bumann hatte überhaupt kein Konzept.»* geht Roten mit Bumann ins Gericht. Statt auf der Baustelle habe sich Bumann mit Vorliebe in der Dala-Bar aufgehalten. Die UBS ihrerseits habe grosszügig eine Hypothek von rund 6 Millionen gewährt. Auf Druck der UBS wurden diverse Liegenschaften aus dem Familienbesitz zum Spottpreis verkauft, um die Restschuld zu begleichen. Die Handwerker leisteten mit einem Abschreiber von einer Million ihren Tribut. In den ersten fünf Jahren beliefen sich die Zinsen auf rund 320 000 Franken jährlich. Dann kamen noch die Amortisationen hinzu, so dass die finanzielle jährliche Belastung auf über 500 000 Franken stieg.

Franz Hildbrand: Verzögerungen

Neben Bumann ist laut Roten der Bauunternehmer Franz Hildbrand, Nationalrat von 1987 bis 1995, für die massiven Kostenüberschreitungen mitverantwortlich. Die Neu-Eröffnung des Hotels verzögerte sich um anderthalb Jahre, weil Hildbrand immer zu wenig Arbeiter auf der Baustelle gehabt habe. Immer wieder wurde er vergeblich gemahnt, endlich vorwärts zu machen. Die teuren Werbeprospekte mussten eingestampft werden und Reservationen wurden annulliert. *«Einerseits stiegen dadurch die Baukosten massiv an, andererseits fehlten während anderthalb Jahren die notwendigen Einnahmen. Bumann und Hildbrand trieben uns in den Ruin. Eigentlich hätte man sie einklagen sollen.»* Allerdings will Roten eine Mitverantwortung seines Vaters und damaligen Bauherren gar nicht abstreiten. Er habe dem Architekt und dem Bauunternehmer zu viel Vertrauen entgegengebracht.

Vizepräsident Grichting (CSPO)
Während Jahren bei der Gemeinde in der Kreide!

(ktm) – Auch der neue Vizepräsident von Leukerbad Pascal Grichting bringt persönliche Erfahrungen im «Schuldmanagement» in den Gemeinderat ein. Böse Zungen behaupten, das könne in Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde nur ein Vorteil sein. Vor 15 Jahren machte Grichting mit seinem Restaurant Paradies in Leukerbad Konkurs, später auch mit einem Restaurant in St. German. Zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Vizepräsident stand Grichting bei der Gemeinde gemäss RA-Recherchen immer noch mit über 20 000 Franken in der Kreide. Auf Anfrage erwähnt er, dass er die Schulden mit dem Beirat Walter Lengacher Ende Juni geregelt habe und nun bei der Gemeinde schuldenfrei dastehe. Die Höhe des Schuldbetrages und der Rückzahlung will Grichting nicht nennen.

■ Fulminante Rede zum PUK-Bericht Leukerbad ■ CVPO-Fraktionschef Beat Abgottspon ist entlarvt

Alles bei Alt-Staatsrat Gertschen abgekupfert!

SITTEN/NATERS – **Im Mai 2000 setzte CVPO-Grossrat Beat Abgottspon zu einer fulminanten Rede gegen die PUK Leukerbad an. Alle staunten über seine immense Detailkenntnis. Kunststück, denn seine Rede stammte fast wörtlich aus der Feder von Alt-Staatsrat Richard Gertschen, insbesondere aus dessen famoser «Doktorarbeit» und einem Brief an den Staatsrat! Nachdem Gertschen vom Staatsrat brüsk abgewiesen wurde, fand er im CVPO-Fraktionschef ein dankbares Sprachrohr.**

VON KURT MARTI

Nachdem die PUK Leukerbad und ein externer Experte dem damaligen CVPO-Staatsrat Richard Gertschen die politische Mitverantwortung am Finanzdebakel anlasteten, brannten dem passionierten Pfeifenraucher die Sicherungen durch. Bis ins Knochenmark von seiner totalen Unschuld überzeugt, lief Gertschen Sturm. Während der agile Wilhelm Schnyder *«Ermessensfehler»* einräumte, fuhr Gertschen in einer 178-seitigen «Doktorarbeit» (RA 176) grobes Geschütz auf und warf dem kantonalen Finanzinspektorat mehrfach gesetzeswidriges Verhalten vor und verwies gebetsmühlenartig auf die Finanzaufsicht des Finanzdepartementes seines damaligen Regierungskollegen Schnyder. Obwohl das Gesetz über die Gemeindeordnung vorschreibt, dass Gertschens Departement des Inneren für die Gemeindeaufsicht und die Koordination zuständig gewesen wäre, wies dieser alle Verantwortung von sich.

Mit missionarischem Eifer gegen die Abtrünnigen

Vor und nach der Veröffentlichung des PUK-Berichtes bestürmte Alt-Staatsrat Gertschen in missionarischem Eifer seinen Nachfolger Staatsratspräsident Jean-René Fournier. Dies geht aus dem einschlägigen Briefwechsel hervor, welcher der RA vorliegt. Gertschen führte sich auf, als wäre er noch im Amt und verlangte vom Staatsrat, eine von ihm selbst geschriebene Pressemitteilung zu veröffentlichen. Darin beklagt er sich bitter über die PUK, welche sich nicht für seine Meinung interessiert habe. Zudem verlangte Gertschen vom Staatsrat, die von ihm verfasste «Doktorarbeit» ans Bundesgericht weiterzuleiten, welches die Verantwortung des Staatsrates im Fall Leukerbad zu beurteilen hat.

Staatsrat Fournier liess Gertschen abblitzen

In einem Brief vom 3. Mai 2000 jedoch erteilte Staatsrat Fournier seinem Vorgänger eine brüske Absage: *«Ihrem Wunsch kann leider nicht entsprochen werden.»* Indem Fournier die «Doktorarbeit» nicht ans Bundesgericht weiterleitete, handelte er klar im finanziellen Interesse des Kantons Wallis, geht es doch bei den Verantwortlichkeitsklagen um eine nicht bescheidene Summe von über 100 Millionen Franken. Die PUK wies die Hauptverantwortung im Leukerbad-Debakel logischerweise den Kreditgebern und den Gemeindeverantwortlichen zu. Erst in zweiter Linie trägt laut PUK auch der Staatsrat die Verantwortung, welche er *«passiv, spät und in beschränkter, lückenhafter Weise»* wahrgenommen habe, was *«unter politischen Gesichtspunkten»* zu verurteilen sei. Diese Argumentation stellte Gertschen mit seiner akribischen Vorverurteilung des Finanzinspektorates und des Finanzdepartementes auf den Kopf. Dass laut Gertschen das Finanzinspektorat mehrfach gesetzeswidrig gehandelt habe, war und ist Wasser auf die Mühlen der Banken und der übrigen Geldgeber, zum Schaden für den Kanton Wallis. Wie die RA in der Februarnummer berichtete, fand die «Doktorarbeit» schlussendlich den Weg zum Bundesgericht doch noch.

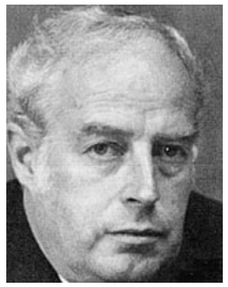
Springt man so mit einem Alt-Staatsratspräsidenten um?

Auf die Ablehnung des Staatsrates reagierte Gertschen am 6. Mai 2000 mit einem gepfefferten 15-seitigen Brief und weinte jämmerlich: *«Das ist also die Art und Weise, wie man bei uns, wenn es dienlich ist, mit einem ehemaligen Grossrats- und Staatsratspräsidenten umgeht. Die Verteidigungsstrategie wird vor die umfassende Abklärung der Verantwortlichkeiten gestellt. Der persönliche Ruf eines Altgedienten hat dabei zurückzustehen!»* Und zum Schluss seines Briefes attackiert Gertschen sogar die Strategie des Staatsrates und der PUK, welche logischerweise die Hauptverantwortung des Finanzdebakels den Banken anlastet. Kommentar Gertschen: *«Ob damit den Walliser Gemeinden ein guter Dienst erwiesen wurde, bleibt dahingestellt.»*

Zweckdienliches Sprachrohr Beat Abgottspon

Sofort machte sich Gertschen auf die Suche nach einem zweckdienlichen Sprachrohr und wurde fündig: CVPO-Fraktionschef Beat Abgottspon! Dieser servierte dem verblüfften Grossen Rat am 10. Mai 2000 kenntnisreich und stolz die Argumente aus der «Doktorarbeit» von Alt-Staatsrat Richard Gertschen sowie aus dessen Brief an den Staatsrat. Freilich ohne den Einflüsterer bekannt zu geben. Tenor: Das Finanzinspektorat, das Finanzdepartement, die PUK und der Grosse Rat haben versagt. Makellos steigt einzig Gertschens Departement des Inneren aus der Affäre Leukerbad. Der Vergleich des Sessionsprotokolls mit Gertschens Brief bzw. Doktorarbeit bringt die Peinlichkeit an den Tag: Abgottspon hat seine Argumentation teilweise wortwörtlich von Alt-Staatsrat Gertschen abgeschrieben:

Beat Abgottspon: *Sprachrohr*



Richard Gertschen: *Missionar*

Otto G. Loretan *Nicht-Staatsrat*

1. Beispiel:

Gertschen: *«...dass das DI im Zusammenhang mit kommunalen Budgets und Rechnungen einzig mit der Instruktion der dagegen eingereichten Klagen und Beschwerden beauftragt war.»*

Abgottspon: *«Das DI ist im Zusammenhang mit Gemeinderechnungen und Budgets einzig mit der Instruktion von Klagen und Beschwerden beauftragt.»*

2. Beispiel:

Gertschen: *«...dass die PUK dem DI die Verletzung von Aufsichtspflichten vorwirft, ohne sich auch nur auf eine einzige gesetzliche Bestimmung zu berufen.»*

Abgottspon: *«Die PUK ihrerseits wirft staatlichen Aufsichtsorganen die Verletzung von Aufsichtspflichten vor, ohne sich auf eine einzige gesetzliche Bestimmung zu berufen.»*

Das ist der absolute Gipfel: Gertschen wollte Otto G. sogar im Staatsrat!

(ktm) – Es ist Anfang März 1997. Krisensitzung des CVPO-Vorstandes. Der erste Wahlgang für die Staatsratswahlen endet für die CVPO mit einem Debakel. Peter Furger verzichtet auf eine weitere Kandidatur. Der abtretende CVPO-Staatsrat Richard Gertschen ergreift energisch das Wort und schlägt Otto G. Loretan für den zweiten Wahlgang vor. In der Sitzungspause redet Gertschen hart auf den noch amtierenden CVPO-Gemeindepräsidenten und CVPO-Nationalrat ein. Vergeblich. Otto G. winkt ab. Er weiss wieso! Die finanzielle Situation von Leukerbad ist katastrophal. Das ganze Oberwallis weiss es. Die RA hatte als erste im September 1996 darüber berichtet. Seit einem Jahr lag zudem der alarmierende Bericht des kantonalen Finanzinspektorates in den Schubladen von Gertschens Departement des Inneren.

Peinlich, ja tragisch

Die politische Anekdote über die vorgeschlagene Kandidatur Otto G. steht am Anfang der 178-seitigen Verteidigungsschrift von Alt-Staatsrat Gertschen. Für ihn gilt sie als Beweis dafür, dass er vom finanziellen Debakel Leukerbads bis im März 1997 keinen blassen Schimmer hatte und er folgert: *«Bei Kenntnis des Falls Leukerbad wäre eine solche Intervention mit Sicherheit unterblieben.»* Für die RA hingegen liegt in dieser Geschichte der Beweis dafür, dass Gertschen bis zum bitteren Ende von Otto G. geblendet und eingenommen war. Die Nähe zu Otto G. verstellte ihm den Blick für die unglaublichen Vorgänge in Leukerbad. Dass er seinen Mangel an staatsmännischen Qualitäten nachträglich in bürokratischer Manier zu vertuschen sucht, ist peinlich, ja tragisch!

Brisanter Bericht zuhanden der Nagetiere

Gertschens Erklärung: «Alles gesetzeskonform!»

(ktm) Gertschen macht in seiner Doktorarbeit noch keine explizite Schuldzuweisung an seinen früheren Staatsratskollegen Schnyder. Er lässt offen, ob und wie Schnyders Finanzdepartement hätte intervenieren müssen. Doch Gertschens Zurückhaltung ist strategischer Natur. Er wollte, dass der Staatsrat seine Abhandlung ans Bundesgericht weiterleitet. Nachdem dieser sich weigerte, packte Gertschen die Wut und er attackierte Schnyder in einem Brief an den Staatsrat frontal: *«Dass Interventionen des Finanzdepartementes hätten erfolgen müssen, liegt auf der Hand.»*

Finanzinspektorat: «Nicht gesetzeskonform»

Dem Finanzinspektorat, welches bereits 1993 und dann 1996 auf die katastrophale finanzielle Lage Leukerbads aufmerksam gemacht hatte, wirft Gertschen gesetzeswidriges Verhalten vor. Zwar habe das Finanzsinpektorat seine Berichte dem Finanzdepartement (1993 und 1996) und dem Departement des Inneren (1996) zugestellt. Aber der Gesamtstaatsrat habe gesetzeswidrig keinen Bericht erhalten. Ebenfalls gesetzeswidrig habe das Finanzinspektorat bis 1998 dem Staatsrat keine Massnahmen vorgeschlagen. Letztlich sei für die Nicht-Reaktion des Staatsrates *«das nicht gesetzeskonforme Verhalten des Finanzinspektorates allein verantwortlich.»*

Kafkaesker «departementsinterner Postumverteilungsdienst»

Obwohl der Bericht des Finanzinspektorats zur katastrophalen Finanzlage Leukerbads auch an Gertschens Departement ging, hatte Gertschen laut eigenen Aussagen keine Kenntnis davon. In bürokratischer Manier erklärt Gertschen wieso: Der Bericht sei bloss an sein Departement adressiert gewesen, nicht aber an ihn persönlich. Deshalb sei der Bericht *«durch den departementsinternen Postumverteilungsdienst direkt der Dienststelle für innere Angelegenheiten (DIA) zugeleitet worden.»* Der Bericht sei «lediglich zur Kenntnisnahme» zugestellt worden und ein Begleitschreiben habe gefehlt. Deshalb hat der DIA-Chef den brisanten Bericht nicht weitergeleitet, sondern zuhanden der departementalen Nagetiere schubladisiert. Dazu Gertschen in seiner juristischen Abhandlung: *«Der Chef des DIA handelte vollständig gesetzeskonform.»*

Irak-Demo in Brig:

- Unbekannte verschmieren Tony Jossens Renault
- Zahlen soll ein unbeteiligter Student

Good-Bye, Demonstrationsrecht!

BRIG/NATERS – **Während der Demonstration gegen den Irakkrieg verschmieren Unbekannte den Renault des gelben Handelslehrers Tony Jossen. Dieser stellt den Schaden kurzerhand dem Wortführer der Demo in Rechnung. Als der schuldlose Schüler zuerst nicht zahlt, setzt Jossen einen Anwalt ein. Unter grossem Druck gibt der Kollegianer nach. Auf der Strecke bleibt das Demonstrationsrecht: Wegen knapp 200 Franken!**

VON PATRICK ZEHNER

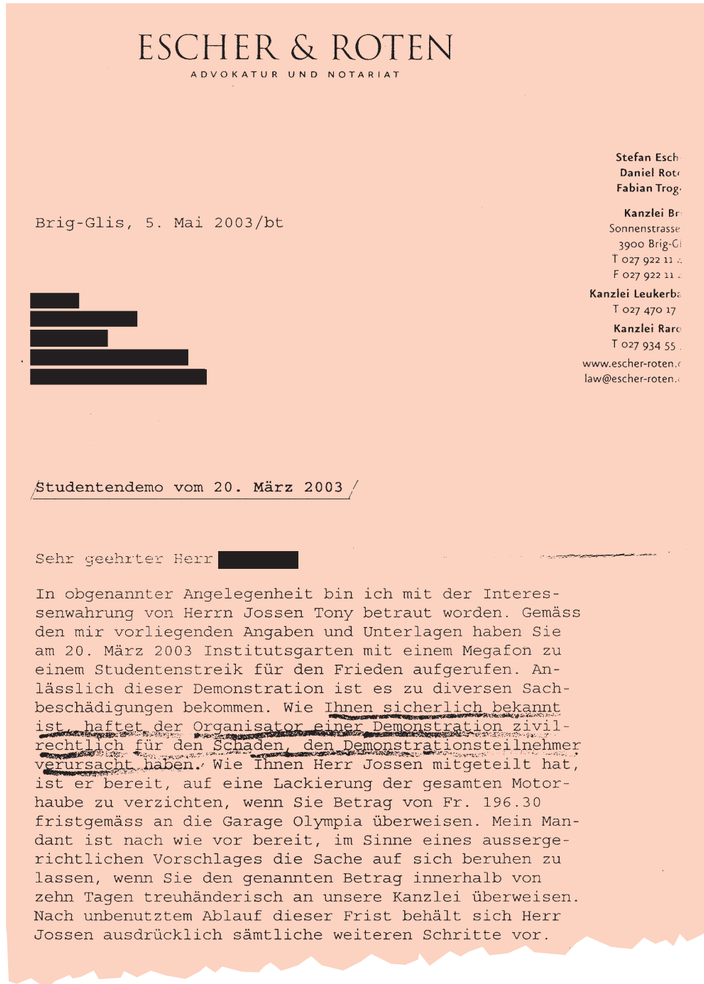
«Nolevolch, kei Chrieg am Golf!» skandiert der Demoteilnehmer am Megaphon anlässlich der Antikriegsdemo im März 2003. Beantwortet wird der Ruf nach Frieden im Irak mit juristischem Donnergrollen: *«Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, haftet der Organisator einer Demonstration zivilrechtlich für den Schaden, den Demonstrationsteilnehmer verursacht haben.»* Der Kollegiumsschüler staunt nicht schlecht, als er am 5. Mai 2003 einen Brief von Anwalt Daniel Roten öffnet. Der Handelslehrer und Natischer CSP-Teamleiter Tony Jossen hat seine Drohung wahr gemacht und seinen Anwalt auf den jungen Kollegianer angesetzt. Der Schüler soll für die Schäden an Jossens Renault haftbar gemacht werden, den Unbekannte anlässlich der Irakkriegs-Demo mit Kreide verunstaltet haben (RA 177). Er selbst hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Er war nur der Wortführer der Demonstration und hat nicht zu Schmierereien aufgerufen.

Wacklige Rechtsgrundlage

Bei der Durchsicht des anwaltlichen Briefverkehrs staunt selbst der juristische Laie nicht schlecht. Rechtlich kläglich dünne Begründungen, die sich nur auf die oben genannte Floskel berufen. Erst auf telefonische Nachfrage erfährt der Schüler, womit Jossen und sein Anwalt ihre Forderung konkret begründen. Art. 41 des Obligationenrechts bestimme: *«Wer einem andern widerrechtlich Schaden zufügt, sei es mit Absicht, sei es aus Fahrlässigkeit, wird ihm zum Ersatze verpflichtet.»* Er habe recherchiert, der Fall sei klar und der Schüler solle zahlen. Mehr will ihm Jossens Anwalt allerdings nicht mitteilen: *«Ich gedenke nicht, Ihnen die juristische Arbeit abzunehmen!»*

«Tod des Demonstrationsrechts»

Rotens juristische Begründung erntet auch in Fachkreisen Kopfschütteln. Es gäbe keinen Präzedenzfall, der die Organisatoren einer Demonstration für irgendwelche Schäden haftbar mache: *«Das wäre der Tod des Demonstrationsrechtes. Niemand würde mehr eine Demo organisieren, wenn er für jeden kleinsten Schaden verantwortlich wäre!»* erklärt ein Anwalt gegenüber der *Roten Anneliese*. Andere Juristen bestätigen: *«Mit solchen Argumenten wäre Tony Jossens Anwalt vor Gericht nicht durchgekommen!»* Darauf pocht auch der engagierte Kriegsgegner, worauf ihm Roten am 15. Mai entgegnet: *«Gegen die Wahrnehmung des Rechtes auf Meinungsäusserung sind keine Einwände anzubringen. Ich habe Ihnen unmissverständlich dargelegt, dass die Organisatoren für Schäden haftbar sind!»* Der Schüler erhält eine Woche Zeit. *«Es erübrigt sich, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass Sie für alle weitere Kosten ebenfalls ins Recht gefasst werden.»* Die juristisch zweifelhaften Argumente des Briger Anwalts zeigen Wirkung. Der eingeschüchterte Kollegianer bezahlt die 196,30 Franken, hält aber in einem Begleitbrief fest, er sei unschuldig. Ein übler Nachgeschmack bleibt: Jossen und Roten opferten das Demonstrationsrecht für 200 Franken, die Jossen keine Versicherung bezahlt hätte.



ESCHER & ROTEN
ADVOKATUR UND NOTARIAT

Stefan Esch
Daniel Rot
Fabian Trog
Kanzlei Br
Sonnenstrasse
3900 Brig-Gl
T 027 922 11
F 027 922 11
Kanzlei Leukerb
T 027 470 17
Kanzlei Rar
T 027 934 55
www.escher-roten.
law@escher-roten.

Brig-Glis, 5. Mai 2003/bt

Studentendemo vom 20. März 2003

Sehr geehrter Herr [redacted]

In obgenannter Angelegenheit bin ich mit der Interessenwahrung von Herrn Jossen Tony betraut worden. Gemäss den mir vorliegenden Angaben und Unterlagen haben Sie am 20. März 2003 Institutsgarten mit einem Megafon zu einem Studentenstreik für den Frieden aufgerufen. Anlässlich dieser Demonstration ist es zu diversen Sachbeschädigungen bekommen. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, haftet der Organisator einer Demonstration zivilrechtlich für den Schaden, den Demonstrationsteilnehmer verursacht haben. Wie Ihnen Herr Jossen mitgeteilt hat, ist er bereit, auf eine Lackierung der gesamten Motorhaube zu verzichten, wenn Sie Betrag von Fr. 196.30 fristgemäss an die Garage Olympia überweisen. Mein Mandant ist nach wie vor bereit, im Sinne eines aussergerichtlichen Vorschlages die Sache auf sich beruhen zu lassen, wenn Sie den genannten Betrag innerhalb von zehn Tagen treuhänderisch an unsere Kanzlei überweisen. Nach unbenutztem Ablauf dieser Frist behält sich Herr Jossen ausdrücklich sämtliche weiteren Schritte vor.

Anwalt Daniel Roten: *Mit dieser Argumentation wäre er vor Gericht sicher abgeblitzt.*

Antifa-Veranstaltung von Mitte Juni: *Rund 30 Skins marschierten über den Sebastiansplatz*

Standaktion der Antifa: Widerstand gegen Rechtsextreme

Nazi-Skins marschierten über den Sebastiansplatz

BRIG-GLIS – **Im Oberwallis beginnt sich der Widerstand gegen die rechte Szene zu formieren. Seit geraumer Zeit trifft sich die Antifa Oberwallis und hat nun Mitte Juni ihre erste Aktion gegen Neonazis im Oberwallis gestartet. Rund 50 Personen versammelten sich auf dem Sebastiansplatz, um ein klares Zeichen gegen Gewalt von rechts zu setzen. Natürlich liess die rechte Szene dies nicht auf sich sitzen und organisierte eine Zehnsekundendemo auf dem Sebastiansplatz.**

VON CYRILL PINTO

Als wollten sie die Zweifler von ihrer Existenz überzeugen, marschierten gegen drei Uhr nachmittags, anlässlich der Antifa-Aktion, 30 Skins über den Sebastiansplatz. Fast alle mit Sonnenbrillen vermummt, einige erhoben die rechte Hand zum Hitler-Gruss. Anfangs klappte es noch mit der Zweier-Kolonne, danach scharten sich alle um die «grossen Skins». So überraschend und schnell wie sie erschienen, verschwanden sie auch wieder in den engen Gassen der Briger Burgschaft. Sie wollten Präsenz markieren und den auf der anderen Seite des Platzes anwesenden Aktivisten zeigen, dass sie zuschlagen können, wann immer sie wollen. Die Stimmung während dem Skin-Aufmarsch war angespannt. Glücklicherweise kam es nicht zu gewalttätigen Übergriffen, denn die Polizei war den ganzen Tag nicht präsent. Aufgefallen ist eines: Unter den rund 30 Skins waren sehr viele 15- bis 18-jährige, also Skins aus dem Umfeld der OS von Glis. Von den «Anführern», alsoden älteren Skins waren nur einzelne dabei. Dies zeigt, dass die Neonazis im Oberwallis offenbar keine Probleme haben, jüngere Leute zu rekrutieren.

Antifa-Aktion: ein voller Erfolg

Andererseits war es eine ziemlich bunte Truppe, welche sich an diesem warmen Sommertag in der Briger Innenstadt niederliess, um zusammen zu grillieren, zu trinken oder um einfach zu diskutieren. Natürlich war auch das Politische wichtig. Die Bevölkerung sollte mittels Flugblättern über die Nazi-Skins und deren Organisationen oder Gruppierungen informiert werden. Das Fazit der ersten Antifa-Aktion im Oberwallis war durchwegs positiv. Viele Passanten waren anfänglich irritiert von dem ungewohnt lebhaften Bild auf dem Platz. Durch die Flugblätter und den aufgebauten Infostand informiert, begrüssten sie jedoch, dass endlich jemand etwas gegen die rechte Szene unternimmt. Für die Antifa war vor allem eines wichtig: zu den Leuten gehen, mit ihnen über die Problematik des Rechtsextremismus sprechen, aufmerksam machen. *«Viele Leute wollen immer noch nicht wahrhaben, dass es Neonazis auch bei uns im Oberwallis gibt. Die Verschwiegenheit der Tagespresse unterstützt diese Tendenz. Deshalb auch das Transparent: Wer schweigt, stimmt zu.»* So ein Aktivist zur RA. Zum Abschluss des Tages fand im Natischer Tünel ein Konzert statt, welches ohne Zwischenfälle über die Bühne ging. Nach dem Aufmarsch der Skins wurde befürchtet, die Veranstaltung im Tünel könnte, wie bei früheren Anlässen, durch Übergriffe von Rechts gestört werden.

Wozu eine Antifa im Oberwallis?

Die Antifaschisten im Oberwallis wollen eine Plattform bieten, um den Widerstand gegen die rechte Szene zu koordinieren. Das heisst: Die Antifa Oberwallis trifft sich wöchentlich, um Informationen auszutauschen und rechtsextremistische Taten wie Gewalt gegen Andersdenkende, Diskriminierung oder verbale Attacken festzuhalten und zu dokumentieren. Die Antifa will aber nicht nur passiv Infos über die rechte Szene sammeln, sondern auch aktiv gegen die Oberwalliser Nazi-Skins agieren. So wurde die Bevölkerung in der ersten Antifa-Aktion über Neonazi-Organisationen in der Schweiz, über rechtsextreme gewalttätige Übergriffe und über Nazi-Skins im Oberwallis informiert. Information und Prävention sind zwei wichtige Instrumente, um zu verhindern, dass immer mehr Jugendliche in den braunen Sumpf abtauchen.

■ Bumann-Bonvin AG steht vor Gericht ■ Wer stoppt Präfekt Josef Bumann?

Staatsanwalt erhebt Anklage wegen Urkundenfälschung

VISP/SITTEN – **Im Herbst müssen die Verantwortlichen des Ingenieurbüros Bumann-Bonvin AG vors Visper Bezirksgericht. Die Anklage von Staatsanwalt Ferdinand Schaller lautet auf Urkundenfälschung. Dem Büro des Visper Präfekten und Regionspräsidenten Josef Bumann wird vorgeworfen, die Unterschriften auf den amtlichen Vermessungsdokumenten mehrerer Gemeinden mit einem simplen Stempel gefälscht zu haben.**

VON KURT MARTI

Der Visper Untersuchungsrichter Bernhard Tenud erklärt gegenüber der RA, dass die Strafuntersuchung gegen die Verantwortlichen des Ingenieurbüros Bumann-Bonvin AG im Frühjahr abgeschlossen wurde und dass Staatsanwalt Ferdinand Schaller Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben hat. Angeklagt sind Jacques Bonvin, der Geschäftspartner von Präfekt Josef Bumann, sowie die Sekretärin des Büros. Wieso nicht auch Josef Bumann als Geschäftsführer angeklagt wurde, ist ohne Einblick in den Untersuchungsbericht unverständlich. Der Fall liegt nun beim Bezirksrichter Beat Weissen. Die Gerichtsverhandlungen finden im kommenden Herbst statt.

Vermessungsdokumente wertlos

RA-LeserInnen erinnern sich, dass die RA bereits mehrmals über die Tätigkeiten des Büros Bumann-Bonvin AG berichtet hat, insbesondere über den Verdacht auf Urkundenfälschung. Weil Josef Bumann, Verwaltungsratpräsident und Geschäftsführer des Planungsbüros, keinen Geometertitel aufweist, hat er den Unterwalliser Geometer Jacques Bonvin geholt und konnte sich mit diesem Schachzug an den Ausschreibungen des Kantons und der Gemeinden beteiligen. Vor einem Jahr hat die RA berichtet, dass Zeugen behaupten, Bonvin habe die amtlichen Vermessungsdokumente nicht wie vorgeschrieben eigenhändig unterschrieben, sondern die Mehrheit der Dokumente seien seit 1998 bloss mit einer Stempelunterschrift versehen, welche laut Auskunft von Juristen wertlos ist.

Wie Untersuchungsrichter Tenud weiter ausführte, sind weitere Untersuchungen gegen das Geometerbüro ebenfalls abgeschlossen. Ob es zu einer zusätzlichen Anklage komme, sei zur Zeit noch nicht entschieden. Bei den Untersuchungen handelt es sich vermutlich um die Vorwürfe, welche ebenfalls die RA im letzten Herbst publik machte, nämlich die doppelte Rechnungsstellung an die Gemeinden Bratsch und Steinhaus. Bekanntlich hat die Gemeinde Steinhaus den Versuch der doppelten Verrechnung im letzten Moment gestoppt und Bratsch konnte sich über eine nachträgliche Gutschrift von rund 33 000 Franken freuen, nachdem die RA interveniert hatte.

«Das ist eine gute Frage!»

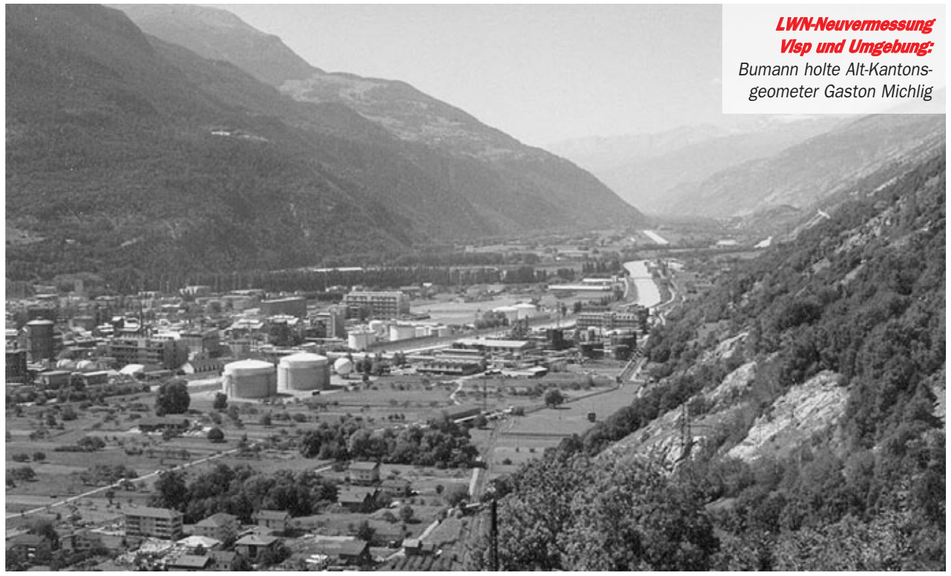
Langsam aber sicher bröckelt die gelbe Protektion für Bumann in den Gemeinden und beim Kanton. Noch vor drei Jahren allerdings war diese noch uneingeschränkt. Wie die RA damals berichtete,

Staatsanwalt Schaller: *Anklage erhoben*

sprach der Walliser Kantonsgeometer Gaston Michlig und der Staatsrat der Bumann-Bonvin AG die Vermessungen von Gampel und Blatten zu, obwohl krasse Verfahrensfehler begangen wurden. Das Kantonsgericht stützte den gelben Heimatschutz und wurde erst vom Bundesgericht zurückgepfiffen. Die Vermessungen wurden noch einmal ausgeschrieben und

Präfekt Bumann: *Kann (immer noch) auf die Protektion von Staatsrat Schnyder zählen*

die Bumann-Bonvin AG erhielt mit einem Preistaucher erneut den Zuschlag. Was passiert aber mit den beiden Vermessungen, wenn Geometer Jacques Bonvin vom Bezirksgericht verurteilt wird? Die Antwort von Kantonsgeometer Herbert Imoberdorf: *«Das ist eine gute Frage!»* Noch schwieriger wird die Frage sein, was mit den amtlichen Vermessungen, welche von der Urkundenfälschung betroffen sind, zu geschehen hat und wer für die Folgekosten aufkommt falls es zu einer Verurteilung kommt. Wer es mit dem «Bümi Josi» zu tun bekommt, ist nicht zu beneiden (siehe Kästen). In den Gemeinde- und Ingenieurbüros landauf landab hört man die bange Frage: *«Wer stoppt z'Bümi Josi entli?»*



LWN-Neuvermessung Visp und Umgebung: *Bumann holte Alt-Kantonsgeometer Gaston Michlig*

Lalden: Mehrkosten 1,3 Millionen Franken

An der letzten Urversammlung mussten die LaldnerInnen zähneknirschend einem Nachtragskredit von 1,3 Millionen für die erste Etappe der Trinkwasserversorgung zustimmen. Josef Bumanns Ingenieurbüro hatte die Kosten auf 4 Millionen geschätzt. Am Schluss läperten sich 5,3 Millionen zusammen. Zwar wurde die Projektierung vorschriftsgemäss ausgeschrieben, aber die konkurrenzierenden Ingenieurbüros hatten keine Chance gegen den Präfekten und Regionspräsidenten Bumann.

Erst nach und nach dämmerte den Laldner Gemeinderäten, was es geschlagen hatte. Gemeindepräsident Walter Kuonen drückte sich verständlicherweise um eine Stellungnahme herum: *«Sie erwischen mich auf dem linken Fuss...»* liess er die RA aus einer Sitzung heraus wissen und war fortan nicht mehr erreichbar. Kuonen dürfte es mit Bumann ähnlich gegangen sein, wie vielen anderen Gemeindeverantwortlichen: Nach dem christlich-sozialen Prinzip regierte zuerst der Glaube, dann die Hoffnung und schliesslich etwas weniger christlich der Ärger. Der Gemeinderat Lalden beauftragte die Schneller Ritz & Partner AG mit der Kontrolle der Abrechnungen der Bumann-Bonvin AG. Resultat: Bumanns Projektierung war mangelhaft und damit ein Grund für die massiven Kostenüberschreitungen. Zudem beliefen sich die Planungskosten, welche das Büro Bumann-Bonvin in Rechnung stellte, auf rund 750 000 Franken, was einem Anteil an den Gesamtkosten von 14 Prozent entspricht. Üblich sind 5 bis 8 Prozent!

Turtmann: Mehrkosten 3 Millionen Franken

Die Baulandumlegung in Turtmann wurde vom Ingenieurbüro Bumann-Bonvin AG ursprünglich für 2,4 Millionen Franken projektiert. In der Schlussabrechnung steht der Betrag von weit über 5 Millionen Franken. Ein Betroffener äussert sich erbost: *«Es wurde geschlampt.»* Viele GrundstückbesitzerInnen kamen unerwartet zur Kasse: Ursprünglich ging Bumann von durchschnittlichen Kosten pro m2 von 2,2 Franken aus. Mittlerweile kletterten die Durchschnittskosten auf über 10 Franken pro m2. Verschätzt hat sich Bumann auch beim eigenen Ingenieurhonorar. Neben der vereinbarten Honorarpauschale von 270 000 Franken, musste die Bauland-Genossenschaft in einem Vergleich eine Nachforderung von 120 000 Franken bezahlen. Doch damit nicht genug! Die EigentümerInnen müssen mit weiteren Überraschungen rechnen: Der Kostenverteiler muss auf Grund eines Fehlbetrages von 300 000 Franken noch einmal aufgelegt werden. Darin inbegriffen ist – wenn wundert's noch? - eine weitere Nachforderung von Bumann in der Höhe von 150 000 Franken!

Bratsch-Niedergampel: Rekorde pulverisiert

Das Vorprojekt für die Kantonsstrasse Bratsch-Niedergampel wurde von der Bumann-Bonvin AG erarbeitet. Insider, welche Einblick in die diesbezüglichen Unterlagen hatten, gebrauchen das Prädikat *«unbrauchbar»*. Die Projektierung wurde vom Kanton ausgeschrieben und keinen erstaunte es, dass Josef Bumann mit einer Offerte von rund 117 000 Franken jegliche Rekorde nach unten pulverisierte. Die nächsthöheren Offerten lagen bei rund 270 000 Franken. Keine leichte Entscheidung für Ignaz Burgener, Sektionschef Kantonsstrassen Oberwallis. Die RA hat ihm folgende Fragen gestellt: Handelt es sich um ein Unterangebot? Kann sich die Bumann-Bonvin AG als Vorprojektantin ebenfalls für die Projektierung bewerben? War Bumanns Vorprojekt wirklich unbrauchbar, wie aus Ingenieurkreisen zu vernehmen ist? Burgener verweigerte hartnäckig jegliche Antwort. Kurzum: Er war nirgends auffindbar...

Neuvermessung der Landwirtschaftszonen: Alt-Kantonsgeometer Michlig an Bord!

Die Lose zur Neuvermessung der Landwirtschaftlichen Nutzflächen (LWN) wurden vor kurzem ausgeschrieben und zum Teil schon vergeben. Für das Los Visp und Umgebung reichte das Büro Bumann-Bonvin AG zusammen mit dem Ausserschweizer Büro Swissphoto eine Offerte für rund 7 Millionen ein. Das nächsthöhere Angebot lag bei 9 Millionen. Konkurrenzierende Geometerbüros taxieren Bumanns Offerte als unerfüllbares Unterangebot und verweisen auf die allseits bekannte Taktik des Büros Bumann-Bonvin: Mit einem Preistaucher ergattert er die Aufträge, dann kommen die Kostenüberschreitungen und die Nachforderungen. Auch bei der Wahl seiner Partner vertraut Präfekt Bumann auf alte Seilschaften: Er engagierte gleich Alt-Kantonsgeometer Gaston Michlig als Berater, was selbst in der Kantonsverwaltung zu reden gab. Michlig, der als ehemaliger Chefbeamter auf eine saftige Pension zählen kann, hat sich damit ein schönes Zubrot gesichert und kann seine bisherigen Erfahrungen nutzbringend anwenden: In seiner Funktion als Kantonsgeometer hatte er wirklich nicht brilliert und zum Beispiel die Stempelunterschriften des Büros Bumann-Bonvin abgesegnet. Wenig schmeichelhaft geht auch der neueste Bericht des Finanzinspektorates mit ihm um: Es werden ihm *«Mängel in der Buchführung»* und *«Mängel in der internen Kontrolle»* vorgeworfen. Herbert Imoberdorf, Michligs Nachfolger im Amt, bezeichnete gegenüber dem Finanzsinspektorat *«diese Situation als inakzeptabel.»*

Personalmangel bei IV-Stelle Wallis
Immer öfter vom Bundesgericht zurückgepfiffen

Sparen auf krummen Buckeln

SITTEN/WALLIS – **Immer öfter werden die Walliser IV-Stelle und das kantonale Versicherungsgericht vom Bundesgericht zurückgepfiffen. Allein siebenmal seit dem Jahr 2000. Der Tenor aus Luzern tönt oft ähnlich: «Der Fall wird zur weiteren Sachverhaltsabklärung an die IV-Stelle zurückgewiesen!». Nicht verwunderlich: Spardruck und Personalmangel machen der IV-Stelle schwer zu schaffen.**

VON PATRICK ZEHNER

«Ungenügend abgeklärter Sachverhalt», «ergänzende Abklärungen in medizinischer und allenfalls wirtschaftlicher Hinsicht sind notwendig»: Die Kritik des Bundesgerichtes Richtung Walliser Versicherungsgericht und die kantonale IV-Stelle ist unüberhörbar. In den letzten zweieinhalb Jahren wurde Sitten siebenmal zurückgepfiffen. Immer wieder mit der Rüge: Die IV-Stelle hat die Dossiers der potentiellen IV-Rentner mangelhaft geprüft. Ein Befund, der niemanden so richtig überrascht. Die kantonale IV-Stelle ist unterdotiert. Ein Insider bestätigt die Beobachtung der *Roten Anneliese.*

Immer längere Wartezeiten

Immer mehr Fälle landen bei der IV-Stelle zur Abklärung. Die IV-Stelle ist infolge dessen in einem ständigen Zeitdruck, der Personalmangel tut das Übrige. Viele in der IV-Stelle sind infolge dessen überfordert. Diese missliche Lage führt dazu, dass die erfahrenen Leute oft Überstunden an Überstunden reihen, um die eingegangenen Fälle auch abzuklären. Doch das alleine reicht nicht! Und währenddessen stapeln sich die Abklärungen weiter. Der Personalmangel in der kantonalen IV-Stelle wirkt sich somit auch auf die Wartezeit aus. Die Anspruchsberechtigten warten immer länger auf eine Antwort. Ein Umstand, der erst im letzten Jahr von der Justizkommission des Grossen Rates kritisiert worden war.

Sparen mit Tabellenlöhnen

Kritik kommt nun von Gewerkschaften im Oberwallis. Sie bemängeln vor allem die Tabellenlöhne zur Berechnung des Invaliditätsgrades. Diese werden hinzugezogen, wenn der Anspruchsberechtigte keiner Arbeit mehr nachgehen oder wenn der sogenannte Validenlohn sonst nicht ermittelt werden kann. Die Tabellenlöhne sind allerdings nur Schweizerische Durchschnittslöhne. Ein Maurer, der beispielsweise laut Arzt nur noch einfache, repetitive Arbeiten ausführen kann, verdient laut Tabelle 4544 Franken. Eine astronomische Höhe fürs Wallis, den wohl kein Betrieb für den neu Eingegliederten bezahlen würde, der nur mehr eingeschränkt arbeiten kann. *«Wir hatten einmal sogar einen Fall, wo das Invalideneinkommen höher war als das Valideneinkommen»,* kritisiert eine Gewerkschafterin. Da helfen meist selbst Behinderungsabzüge bis 25% nicht. Besonders ins Gewicht fallen diese hohen Tabellenlöhne bei der Berechnung des Invaliditätsgrades, wo der letzte erzielte Lohn (Valideneinkommen) in Beziehung gesetzt wird mit dem entsprechenden Tabellenlohn derselben Branche. Die überhöhten Tabellenlöhne drücken somit im Wallis den Invaliditätsgrad übermässig hinunter. Ein Fakt, der viele IV-RentnerInnen ihres Anspruches auf Umschulung oder gar auf die IV-Rente beraubt!

Zu wenig Personal bei IV-Stelle: *Sparen, wo es am meisten weh tut*

Gewerkschaften kritisieren Tabellenlöhne:
IV im Wallis viel schwerer zu kriegen?

(pz) – Die Zahl der IV-RentnerInnen steigt und steigt. Waren es 1992 noch 140 000, erreichte die Zahl der IV-Bezüge im Jahre 2002 rund 220 000. Zurzeit bezieht in der Alterskategorie der 50- bis 54-Jährigen bereits jeder zehnte Bewohner dieses Landes eine Leistung der Invalidenversicherung (IV), bei den über 60-Jährigen bald jeder vierte Mann und jede sechste Frau. Die IV ist die Sozialversicherung mit dem höchsten Ausgabenwachstum. Still und heimlich wird nun der Sparhebel angesetzt.

Einbürgerungsgesuche abgelehnt
Wir sprachen mit der Familie Slatincic

Naters, das kleine Emmen

NATERS – **Im Mai lehnte die Burgergemeinde Naters alle fünf Einbürgerungsgesuche von Familien aus Ex-Jugoslawien ab. Darunter das der Familie Slatincic. Die RA sprach mit der Familie Slatincic. Die SP fordert: «Über Einbürgerungen sollen nicht mehr die Burgerschaften entscheiden dürfen!»**

Ilija Slatincic aus Kroatien: *Seit 24 Jahren in der Schweiz gearbeitet und von der Natischer Burgerschaft abgelehnt.*

VON CYRILL PINTO

Am letzten Herrgottstag, wie ihn die folkloristischen, traditionsbewussten Oberwalliser nennen, wurde der geistliche Erwin Jossen zum Ehrenburger von Naters ernannt. Nach der Prozession und dem Gottesdienst am Morgen besammelte sich die Dorfprominenz vor der Kirche, um sich einem Festumzug anzuschliessen. Vorne weg die Dorfmusik, dahinter eine Ehrengarde der Armee, anschliessend die geladenen Gäste und zum Schluss die Ahnenmusikanten von Naters. Das Programm in der kommunalen Mehrzweckhalle: Ansprachen vom Burgerpräsident und der Gemeindepräsidentin, musikalische Darbietungen des Jodelklubs, Essen und eine Dankesrede des neuen Ehrenburgers. In der Begrüssungsrede erwähnt der Burgerpräsident Pius Eyer die Artikel, welche in der welschen Presse über die abgelehnten Einbürgerungsgesuche erschienen sind: Es sei ein *«Riesenwirbel»* um den Entscheid der Nichteinbürgerung von fünf Familien aus Ex-Jugoslawien entstanden. Doch dieser demokratische Entscheid müsse akzeptiert werden. Die Ablehnung der Gesuche sei ein Signal für Bern. Die Bevölkerung sei mit der Flüchtlingspolitik des Bundes nicht mehr einverstanden. Auch Jugendliche würden bei Umfragen ihre Bedenken gegenüber der *«Überfremdung»* zum Ausdruck bringen.

Ilija Slatincic: Seit 23 Jahren in der Schweiz

Überfremdung? Falsche Flüchtlingspolitik? Mit diesen SVP-Schlagwörtern hat die fünfköpfige Familie Slatincic aus Naters nichts zu tun. Sie war eine der fünf Familien, denen Ende April das Burgerrecht und damit der Besitz des Schweizer Passes an der Burgerversammlung verweigert wurde. Die ursprünglich aus Kroatien stammende Familie wohnt nun sieben Jahre in Naters. 1979 arbeitete Ilija Slatincic erstmals und seitdem regelmässig jedes Jahr als Saisonier auf der Belalp. Vor einem Jahr übernahm die Familie das Restaurant Aletsch in Naters. Vater Ilija Slatincic arbeitet den ganzen Tag im Restaurant, seine Frau, welche gesundheitlich angeschlagen ist, kann ihm dabei nicht helfen. Dafür springen abends seine Söhne, welche tagsüber arbeiten oder noch zur Schule gehen, ein. Der älteste Sohn absolvierte nach der Schule eine Lehre als Automechaniker und arbeitet jetzt in einem Fachgeschäft als Verkäufer. Der mittlere Sohn steckt zurzeit mitten in der Lehre und der jüngste Sohn beendete eben die obligatorische Schulzeit. *«Wir möchten vor allem der Kinder wegen Schweizerbürger werden,»* erzählt Slatincic der RA. *«Zurzeit haben alle ein Permis C, also eine Niederlassungsbewilligung. Wenn meine Söhne in die Ferien oder für längere Zeit ins Ausland wollen, gibt das natürlich Probleme. Wir haben all die Jahre unsere Arbeitskraft in der Schweiz verkauft, Steuern bezahlt und fühlen uns mit diesem Land eher verbunden als mit Kroatien. Was wir in Kroatien einmal unsere Heimat nannten, wurde durch den Krieg zerstört.»*

Petition hinterlegt: Entscheiden soll künftig die Munizipalgemeinde

SP-Grossrat German Eyer hat in der Mai Session des Grossen Rates eine Petition hinterlegt, damit künftig nicht mehr die Burgergemeinde, sondern die Munizipalgemeinde über Einbürgerungsgesuche entscheidet. Die Antwort des Staatsrates war positiv. Eine entsprechende Vorlage ist in Vorbereitung und wird dann dem Grossen Rat vorgelegt.

Schlagzeilen wegen abgelehnter Einbürgerungsgesuche machte in den letzten Jahren die Luzerner Vorortsgemeinde Emmen. Die Stimmbürger lehnten regelmässig Einbürgerungsgesuche von Familien aus Ex-Jugoslawien an der Urne ab. Bis 1999 entschied der Emmener Einwohnerrat über Einbürgerungsgesuche, bis eine Initiative der rechtsextremen Schweizer Demokraten angenommen wurde, welche ein obligatorisches Referendum für Einbürgerungen forderte.

Projektierung der Autobahn A9 im Pfynwald

- 1,4 Millionen für den Walliser Heimatschutz
- Staatsrat und Kantonsgericht gaben den Segen

Wallis macht sich in Fachkreisen lächerlich!

SITTEN – **Obwohl zwei Ingenieurgemeinschaften die Projektierung der Autobahn im Pfynwald für rund 3 Millionen offerierten, entschied sich das Baudepartement für die Heimatschutzvariante zum Preis von 4,4 Millionen. Das Kantonsgericht und der Staatsrat segneten die Protektion bereitwillig ab. Ingenieur- und Anwaltskreise in der ganzen Schweiz schütteln den Kopf über diese Verschwendung öffentlicher Gelder. Das letzte Wort hat nun das Bundesgericht.**

VON KURT MARTI

Das Solothurner Planungsbüros BSB + Partner AG hatte für die Projektierungsarbeiten der A9 im Pfynwald eine Offerte zum Preis von 2,9 Millionen angeboten. Insgesamt beteiligten sich fünf Ingenieurgemeinschaften an der Ausschreibung, darunter ein Konsortium mit dem Büro BIAG des ehemaligen CSPO-Ständerates Peter Bloetzer und ein Konsortium mit dem Büro Schmidhalter und Pfammatter AG des ehemaligen CVPO-Nationalrates Paul Schmidhalter. Schmidhalter offerierte wie die BSB für rund 2,9 Millionen. BIAG hingegen lag mit 4,3 Millionen rund 1,4 Millionen über den beiden tieferen Offerten.

Staatsrats Rey-Bellet: Spendierhosen angezogen

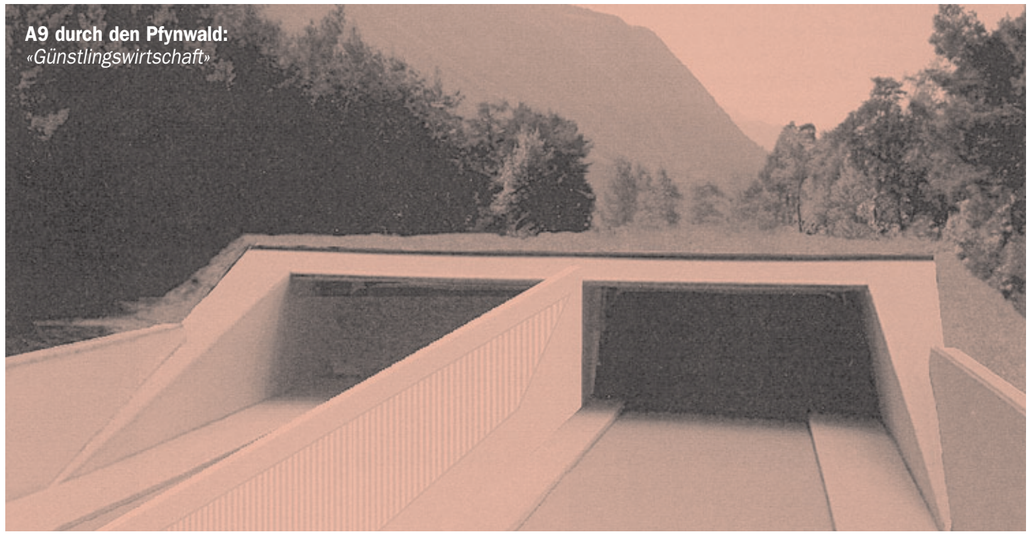
In grossartiger Spendierlaune entschied sich Jean-Jacques Rey-Bellet, der Chef des Baudepartementes, für die teuerste Variante des Konsortiums BIAG und gegen die preislich viel tieferen Angebote der Büros BSB beziehungsweise Schmidhalter. In der Mai-Session des Grossen Rates gerieten sich deshalb der CVP-Grossrat Claude-Alain Schmidhalter und der CVP-Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet in die Haare. Schmidhalter prangerte die *«Günstlingswirtschaft»* des Kantons Wallis an; die beiden Staatsräte Rey-Bellet und Wilhelm Schnyder putzten den «jungen» Schmidhalter kaltschnäutzig ab: Seine Behauptungen seien ehrverletzend und er solle diese gefälligst begründen oder schweigen. Sogar von einer Aufhebung der parlamentarischen Immunität Schmidhalters war hintenherum die Rede.

Preisdifferenz von 1,4 Millionen wegradiert

Sowohl das Konsortium Schmidhalter als auch das Büro BSB reichten gegen den Vergabe-Entscheid des Baudepartementes eine Beschwerde beim Kantonsgericht ein. Die BSB holte sich den Fürsprecher Peter Rechsteiner, der in Fachkreisen zu den profiliertesten Rechtsberatern in Sachen Vergabewesen in der Schweiz gehört. Im Zentrum von Rechsteiners Beschwerdeschrift im Auftrag der BSB steht die Bewertung der Preisangebote durch das Baudepartement: Die Preisdifferenz von 1,4 Millionen entspricht einem Unterschied von 47 Prozent. Mit einem ausgeklügelten Umrechnungsmodus schafften es Rey-Bellets Beamten, die 47-prozentige Preisdifferenz in eine 17-prozentige Punktedifferenz zusammenzudrücken und damit das Preiskriterium zur puren Nebensächlichkeit zu degradieren. In der 100 Punkte umfassenden Total-Bewertung schlug sich die 47-prozentige Preisdifferenz schliesslich noch mit einer mickrigen 3,28 Punktedifferenz nieder. Dazu Rechsteiner in der Beschwerdeschrift: *«Der Preiswettbewerb wird damit weitgehend ausgeschaltet, die Vergabe an das wirtschaftlich günstigste Angebot mithin weitgehend illusorisch.»* Dies sei ein klarer Verstoss gegen den Grundsatz der wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel und demzufolge eine Rechtsverletzung. Mit anderen Worten: Zum Fenster hinausgeschossene Steuergelder.

Interessenverband bestimmte die Spielregeln!

Doch damit nicht genug! Vorausging eine Seldwylerei sondergleichen: Die famose Preisbewertungsformel wurde nicht etwa vom Baudepartement selbst festgelegt, sondern mit dem Verband der Walliser Ingenieur-Büros (VWIB) ausgehandelt! Am 31. August 2001 erhielten die fünf Bewerber, welche in einem Vorverfahren als qualifiziert erachtet wurden, die Mandatsbeschreibung mit dem besonderen Verweis, dass die Preisbewertungsformel den Anbietern zwei Wochen vor der Abgabe der Offerte bekannt gegeben werde. Die Eingabefrist war auf den 16. November 2001 festgelegt und demzufolge hätten die Anbieter die Formel spätestens am 2. November 2001 erhalten sollen.



A9 durch den Pfynwald: *«Günstlingswirtschaft»*

Hatten einige Unternehmen Vorinformationen?

Doch diese warteten vergeblich. Erst am 13. November – also 3 Tage vor Eingabetermin – erhielten die Anbieter einen Brief von Bernard Schwery, Sektionschef Nationalstrassen Unterwallis. Darin steht: *«Bis heute haben Sie das betreffende Dokument (Preisbewertungsskala) noch nicht erhalten. Es wurde in der Sitzung der VWIB besprochen und erst vor kurzem anerkannt.»* Schwery entschuldigt sich und verlängert die Eingabefrist um zwei Wochen auf den 30. November und stellt die Bekanntgabe der Preisbewertung auf den 16. November in Aussicht. Im Vorstand des VWIB sitzen die Vertreter der Walliser Ingenieurbüros. Sie hatten gegenüber den ausserkantonalen Anbietern das Vorrecht, die Spielregeln während des Verfahrens mitzubestimmen. Zudem stellt sich die brisante Frage, ob einige der Walliser Anbieter dadurch schon mehrere Wochen vor den Mitkonkurrenten Kenntnis vom Preisbewertungsschema hatten und ihre Offerten zum voraus darauf einstellen konnten?

Vom ersten auf den letzten Platz degradiert

Rechsteiner kommt in seiner Beschwerdeschrift zum Schluss, dass die BSB mit einer korrekten Preisbewertung den Punkterückstand in der Gesamtbewertung von 6,94 Punkten aufgeholt hätte und somit den Auftrag hätten erhalten müssen. Statt auf Platz eins wurde die preisgünstigste Anbieterin BSB auf den fünften und letzten Platz förmlich degradiert. Nota bene eines der renomiertesten und grössten Planungsbüros der Schweiz, welches die Projektierung der A5 bei Biel gerade erfolgreich abgeschlossen hatte. Die Beschwerden der BSB&Partner AG und der Schmidhalter&Pfammatter AG wischte das Kantonsgericht in seinem Urteil vom 26. März 2003 mit einem Handstreich locker vom Tisch (siehe Kasten). Unterzeichnet ist das Urteil von Kantonsrichter Dr. Erwin Leiggener, der zusammen mit Peter Bloetzer vom Büro BIAG von 1981 bis 1993 für die CSPO im Grossen Rat sass. Gegen diesen Entscheid reichte das Büro Schmidhalter & Pfammatter beim Bundesgericht Beschwerde ein. Der Entscheid ist noch hängig. Doch Experten sind sich einig: Wenn das Bundesgericht die Entscheide des Staatsrates und des Kantonsgerichtes stützt, kann man sich den Beschwerdeweg in Zukunft sparen.

Kantonsgericht: *Peinliche Begründungen*

Gelber Kantonsrichter Dr. Erwin Leiggener:

Warten auf die kalte Dusche aus Lausanne?

(ktm) – **Acht Zeilen widmet das von Kantonsrichter Dr. Erwin Leiggener unterzeichnete Urteil dem zentralen Streitpunkt der Preisdifferenz und kommt salopp zum Schluss: «Nicht stichhaltig.» Ganz anders urteilte das Züricher Verwaltungsgericht in einem vergleichbaren Fall.**

Auf insgesamt 18 Seiten schlägt sich das Urteil des Kantonsgerichtes detailreich und ausführlich mit Nebensächlichkeiten herum. Auf den zentralen Vorwurf der willkürlichen Preisbewertung und die diesbezügliche Begründung kommt das Urteil auf der vorletzten Seite und beschränkt sich auf acht Zeilen: *«Die Praxis zeigt aber einerseits, dass im Bereich der Ingenieurleistungen bei den Preisen eine sehr starke Bandbreite besteht, was eine Dehnung der Notenskala durch die Behörden rechtfertigt. Andererseits greift der Richter nur zurückhaltend korrigierend ein und nur im Falle, dass sich die angewandte Benotung als geradezu willkürlich erweist. Dies kann vorliegend nicht bejaht werden, auch wenn die Bewertung in diesem letzten Punkt sich sicherlich an der Grenze des noch Vertretbaren bewegt. Gesamthaft gesehen ist somit auch die Rüge am Bewertungsdiagramm nicht stichhaltig.»* Nirgends wird begründet, wieso die Benotung nicht willkürlich ist. Es fehlt ebenfalls ein Verweis auf eine vergleichbare Rechtssprechung. Das Kantonsgericht stellt eine reine Behauptung auf, die es in aller Peinlichkeit mit dem Nebensatz *«an der Grenze des noch Vertretbaren»* relativiert.

Zürcher Verwaltungsgericht urteilte ganz anders

Ein kurzer Blick in die Rechtssprechung der letzten zwei Jahre hätte genügt, und das Kantonsgericht wäre wahrscheinlich zu einem anderen Schluss gekommen. Das Zürcher Verwaltungsgericht hat am 21. Juni 2001 eine vergleichbare Beschwerde ohne wenn und aber gutgeheissen. Ein Zweckverband hatte die Preisdifferenz von 45 Prozent auf eine Notendifferenz von 12 Prozent zusammengestaucht (Walliser Kantonsgericht: 47%/17%). Das Zürcher Verwaltungsgericht war der Meinung, das zugrundeliegende Preisschema sei *«offenkundig nicht mehr sachgerecht»* und *«die Gewichtung des Preises erweist sich als rechtswidrig.»* Für das Kantonsgericht und dessen Vizepräsidenten Leiggener stellt sich jetzt die ungemütliche Frage: Wann kommt die kalte Dusche vom Bundesgericht. Laut Submissions-Spezialist Peter Rechsteiner stehen die Chancen 50 zu 50.

Neuste Berner Studie zur «Hebammengeburt» zeigt:

- Weniger Medikamente und weniger Interventionen
- Erfüllung der emotionalen und sozialen Bedürfnisse

Im Oberwallis kein Thema

BERN/OBERWALLIS – **Vor drei Jahren wurde von der Frauenklinik des Inselspitals Bern ein neues Betreuungsmodell eingeführt: «Die Hebammengeburt». Bei diesem Modell werden Frauen bei einer komplikationslos verlaufenden Geburt ausschliesslich von Hebammen betreut. Im Oberwallis findet eine Geburt bis auf wenige Ausnahmen im Spital unter Aufsicht von Hebammen und Gynäkologen statt und stösst in der Regel auf die Zufriedenheit aller Beteiligten.**

VON MARTINA SCHILD

Das Betreuungsmodell der Frauenklinik des Inselspitals, welches im Jahre 2000 eingeführt wurde, entstand im Kanton Bern als Antwort auf die Medikalisierung der normalen Geburten, der Zunahme geburtshilflicher Interventionen und den ungenügenden Einbezug der emotionalen und sozialen Bedürfnisse der Frauen. Die Frauenklinik bietet den Frauen bei einer risikofrei verlaufenden Schwangerschaft eine ausschliesslich von Hebammen betreute Geburt an. Der im Mai dieses Jahres veröffentlichte Evaluationsbericht zeigt auf, dass eine allein von Hebammen betreute Geburt mit viel weniger Interventionen verbunden ist.

Grosses Interesse im Kanton Bern

Bei komplikationslos verlaufenden Geburten wurde von den Hebammen signifikant weniger Medikamente benutzt als bei einer ebenfalls reibungslos verlaufenden Geburt beim Standardmodell «Arzt- und Hebammengeburt». Die Hebammen greifen meist auf natürliche Schmerzmittel zurück wie zum Beispiel Massagen, Atmung oder Baden. Das Angebot stösst im Kanton Bern auf viel Interesse und Zufriedenheit der werdenden oder bereits gewordenen Mütter. Dieses Geburtsmodell wird auch von der WHO unterstützt, welche die Hebammen als geeignetste Berufsgruppe für die Betreuung der normalen Schwangerschaft und der normalen Geburt bezeichnet.

Berner Modell in Brig ausser Frage

Ein Pilotprojekt wie jenes aus Bern steht im Oberwallis ausser Frage. Laut Beat Feller, Chefarzt der Gynäkologie des Spitals Brig, soll eine Geburt unter die Leitung von Fachpersonal gestellt sein und gehört ins Spital, welches auch die nötige Infrastruktur zu der Ausnahmesituation Geburt bietet. Im Kreisspital Brig wird den Spitalhebammen viel Raum und eine selbständige Arbeitsweise gegeben. Komplikationslos verlaufende Geburten sowie auch die Betreuung des Wochenbetts ist Aufgabe der Hebamme. Die Spitalhebammen schätzen die Zusammenarbeit mit den Gynäkologen und den Assistenzärzten und werten sie als positiv.

Nur wenige Hausgeburten im Oberwallis

Obwohl im Oberwallis auch Hausgeburten gemacht werden, nehmen dieses Angebot nur sehr wenige Frauen in Anspruch. Ines Lehner, freischaffende Hebamme im Oberwallis, bietet Hausgeburten an und schätzt dabei die individuelle Betreuung der Frauen von Beginn der Schwangerschaft bis zum Wochenbett. *«Eine Hausgeburt ist egoistisch»*, prangert eine junge Mutter dieses Modell an, und verweist darauf, dass in erster Linie an die Sicherheit und das Wohlergehen des Kindes gedacht werden muss, und damit das unglaubliche Ereignis Geburt unter die Leitung eines Arztes gehört. Doch tritt bei einer Hausgeburt nur der kleinste Indiz einer Komplikation auf, wird die Frau ins Spital gebracht und die Hausgeburt abgebrochen.

Kosten zu hoch, Nachfrage zu klein

Die Möglichkeit, auch in Oberwalliser Spitalräumen ein Projekt wie jenes des Inselspitals Bern in die Welt zu rufen, besteht nicht. Die Geburtsrate im Oberwallis nimmt stetig ab, die Nachfrage ist schlicht zu klein, und auch die dabei aufkommenden Kosten einer Ummodelierung erscheinen den Fachärzten wie auch den Hebammen zu hoch. Ihr Anliegen ist es, dass in erster Linie für das Wohlergehen der Frau und des Kindes gesorgt wird. Feller bestätigt dies: *«Es wird gemacht, was gemacht werden muss.»*

Kreisspital Brig: *Neugeborene werden von Hebammen und Ärzten betreut, im Gegensatz zum Inselspital Bern.*

Nordirland: Wahlen stehen vor der Tür

Neue Gewalt ist vorprogrammiert!

BELFAST/NORDIRLAND – **Im Herbst 2003 werden die NordirInnen erneut entscheiden, wie Ihre Zukunft aussieht. Dann nämlich sollen die bereits zweimal verschobenen Wahlen endlich stattfinden. Der Wahlkampf ist voll entbrannt. Doch: Ob die probritischen Protestanten die Oberhand gewinnen oder die republikanischen Katholiken, ein Ende des gewalttätigen Konflikts ist noch lange nicht in Sicht.**

VON MICHAEL NÄPFLI

Nordirland, Sommer 2003. Die politische Lage ist brenzlig: Berichte häufen sich, wonach protestantische, pro-britische Paramilitärs weiterhin katholische Bürger töten, obwohl die Irisch Republikanische Armee (IRA) den verkündeten Waffenstillstand immer noch einhält. Die IRA hat vor zwei Monaten einer dritten Entwaffnungsrunde zugestimmt. Trotzdem: Die Protestantischen Parteien Democratic Unionist Party (DUP) und Ulster Unionist Party (UUP) schenken diesem Versprechen wenig Glauben. Sie sind weiterhin nicht dazu bereit, mit den Vertretern der katholischen Parteien an einer Lösung des Konflikts zu arbeiten. In dieser zerbrechlichen Atmosphäre wurden Anfang des Jahres die anstehenden Wahlen auf Ende Mai verschoben. Ende Mai wiederum auf den Herbst. Dies, weil der britische Premier Tony Blair und der irische Taoiseach Bertie Ahern es so beschlossen haben.

Belfast in katholischer Hand

In der Hauptstadt Belfast selbst sind die Wahlen zum Oberbürgermeister bereits über die Bühne gegangen. Wie letztes Jahr haben die katholischen Parteien die Ausmarchung gewonnen. Während der Wahlausgang jedoch im vergangenen Jahr für gewalttätige Unruhen sorgte, ist es in diesem Jahr ruhig geblieben. Bis jetzt, denn dies kann sich jeden Tag ändern. Nordirland steht erst an der Schwelle zu einem dauerhaften Frieden. Die Wahlen im Herbst werden zeigen, wie die Bevölkerung Nordirlands den Friedensprozess einschätzt. Doch eines scheint bereits jetzt klar: Die radikaleren Parteien beider Seiten werden weiter zulegen, der Konflikt wohl nochmals verschärft. Nordirland steht vor einem heissen Herbst!

Historischer Gewaltverzicht

Dabei hatte es in den Neunzigern noch hoffnungsvolle Zeichen für einen dauernden Frieden gegeben. Die IRA und die britische Regierung hatten nämlich 1990 geheime Gesprächsrunden aufgenommen, die den Konflikt lösen sollten. 1994 erklärte die IRA infolge dessen einen Waffenstillstand. Doch bereits im Februar 1996 wurden die Differenzen zu gross, die IRA beendete ihren Waffenstillstand. Tony Blairs «Friedensoffensive» brachte 1997 einen zweiten Waffenstillstand. Daraufhin wurde die Sinn Féin, der politische Arm der IRA, zu Gesprächen mit Blair eingeladen. Die englische Regierung, die Vertreter aus Nordirland und Irland beschlossen daraufhin das Karfreitagsabkommen. Dieses legte fest, dass der politische Status von Nordirland zukünftig nur mit Zustimmung der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung geändert werden kann. Damit war Nordirland erstmals von der direkten Bevormundung Londons befreit.

Nordirlands blutige Geschichte

(nae) – Die (nord-)irische Geschichte ist lang und blutig, der Anfang des heute immer noch schwelenden Konflikts liegt bereits 1000 Jahre zurück. Im 11. Jahrhundert wurde Irland, aufgrund der normannischen Invasion Englands, aus seiner bisherigen Isolation gelöst. Ab jetzt hatten die Engländer das Sagen. Damit dies auch so blieb, siedelte König Jakob I. unzählige Menschen aus Schottland, die überwiegend presbyterianischen Glaubens waren, im Norden Irlands an. Damit waren der Auslöser und die Grundlage für die sozialen, konfessionellen und wirtschaftlichen Konflikte in Nordirland geschaffen, die bis heute existieren. Der erste Aufstand gegen die englische Krone erfolgte 1798 durch die United Irishmen, einer protestantischer Geheimorganisation, welche die französische Revolution als Vorbild hatte.

Osteraufstand und Bürgerkrieg

Danach blieb es bis 1918 verhältnismässig ruhig: Dann beginnen die Katholiken, sich in IVF (Irish Volunteer Force) und IRB (Irish Republican Brotherhood) zu organisieren. An Ostern 1918 kommt es bürgerkriegsähnlichen Tumulten. Doch diesen beiden republikanischen Organisationen gelingt es ebenfalls nicht, die englische Krone zu stürzten. Nach all diesen gescheiterten Aufständen schliessen sich IRB und IVF zur IRA zusammen, die den Kampf fortsetzt. Der Süden Irlands vertreibt in der Folge nach dem Unabhängigkeitskrieg der IRA die englischen Krone (1921). Der Norden gehört allerdings weiterhin England. Darauf hin kommt es zu einem Irischen Bürgerkrieg (1922-1923), republikanische Gegner des neuen Freistaates Irland bekämpften Befürworter des Freistaates Irland. Die Protestanten richteten sich in Nordirland einen protestantischen Staat ein. Durch diese Ereignisse angestachelt, kommt es immer wieder zu Bombenanschlägen in England und in Nordirland durch die IRA. Militante Organisationen geben den Ton an. Dies dauerte bis 1967, es formiert sich die Bürgerrechtsbewegung – mit Auswirkungen auf die militante IRA. Diese spaltet sich im Jahr 1968 auf: Provos (Provisional) stehen der Official IRA gegenüber.

Bloody Sunday zerstört alle Hoffnungen

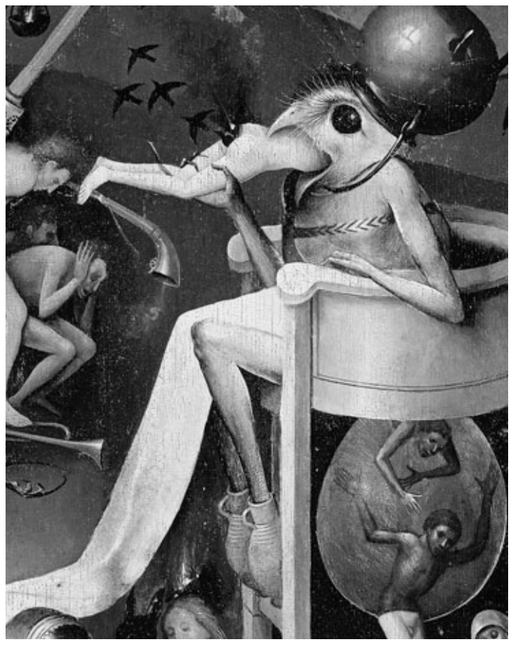
Die Bürgerrechtsbewegung gewinnt immer mehr an Kraft und Einfluss. Nicht zur Freude der Protestanten und Briten. Der «Bloody Sunday» zerstört alle Hoffnungen: Britische Fallschirmjäger feuern in eine friedliche Demonstration und töten 13 Katholiken und zwingen damit die Bewegung in die Knie. Sie erholt sich danach nie mehr von diesem Anschlag. Nach dem «Bloody Sunday» wollen die katholischen Bürger wieder eine militante Organisation, welche ihre Anliegen mit Gewalt verwirklichen soll. Die (Provisional) IRA gibt wieder den Ton an, es folgen zahlreiche Bombenanschläge in Belfast, worauf die englische Armee in Nordirland einrückt. Dieser «Krieg» zwischen der IRA und der englischen Armee, welche kräftig von den loyalistischen Paramilitärs UDA (Ulster Defense Association) und UVF (Ulster Volunteer Force) angeheizt wird, dauert bis 1990.

Bürgerkrieg forderte viele Tote auf beiden Seiten.

Dorothee Sölle
Mystik, Solidarität und Widerstand

Am 27. April 2003 erlag Dorothee Sölle in Göppingen (Baden Württenberg) einem Herzinfarkt. Sölle war als Friedensaktivistin, Feministin und Autorin zahlreicher Bücher bekannt. Sie galt als meist gelesene theologische Schriftstellerin. Sie stand Zeit ihres Lebens auf der Seite der Armen, Entrechteten und Gedemütigten und setzte sich unermüdlich für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit ein, stritt gegen Notstandsgesetze, gegen Atomraketen, gegen Rüstungsexporte und - bis zu ihrem Tod - gegen die US-Kriegspolititk.

VON HILAR EGGEL



Der Höllenfürst mit dem Kessel auf dem Kopf verschlingt Menschen (H. Bosch)

Ausgewählte Literatur:

Dorothee Sölle

- Im Hause des Menschenfressers, Texte zum Frieden, Rowohlt-Verlag
- Aufrüstung tötet auch ohne Krieg, Kreuz Verlag
- Fürchte dich nicht, der Widerstand wächst, Pendo Verlag
- Lieben und arbeiten. Eine Theologie der Schöpfung, Kreuz Verlag
- Gegenwind. Erinnerungen, Hoffmann und Campe Verlag
- Mystik und Widerstand: du stilles Geschrei, Hoffmann und Campe Verlag

Die am 30. September 1929 in Köln geborene Sölle hatte neben Theologie auch Germanistik, Philosophie und alte Sprachen studiert. Trotz ihrer Habilitation im Jahre 1971 erhielt die umstritene Wissenschaftlerin in Deutschland nie einen Lehrstuhl. Von 1975 bis 1987 dozierte sie als Profesorin für Systematische Theologie am Union Theological Seminary in New York. Erst 1994 wurde sie zur Ehrenprofessorin der Universität Hamburg ernannt. Zu ihren theologischen Büchern zählen unter anderen «Politische Theologie», «Die Wahrheit ist konkret», «Atheistisch an Gott glauben» und «Mystik und Widerstand». Auf kircheninterne Kritik war Sölle bereits 1965 mit ihrer ersten grösseren Veröffentlichung «Stellvertretung. Ein Kapitel Theologie nach dem Tode Gottes» gestossen. Das Buch war eine Absage an einen autoritären und allmächtigen Gott, der sich nicht um die Anliegen der Menschen interessiert. Einen «Papa - wird's - schon - richten - Gott» lehnte sie ab.

Engagierte Zeitgenossin

Irgendwann wollte sie nicht einfach mehr nur Theologin sein. Irgendwann ist sie dazu übergegangen, «Schriftstellerin» statt Theologin in die Formulare der Tagungsstätten oder Hotels einzutragen, in denen sie nach ihrem Beruf gefragt wurde. Im Gegensatz zu den meisten anderen Theologinnen und Theologen in Deutschland hat sie ihr Geld nie bei der Kirche verdient. Ohne Bitterkeit stellte sie fest: «Ich war da nie angestellt weder bei der Kirche noch als ordentliche Professorin an einer deutschen theologischen Fakultät.»

Dorothee Sölle hat sich zeitlebens wenig um Etiketten gekümmert. Sie konnte nichts anfangen mit der sauberen Trennung zwischen Theologie als Wissen-

Die evangelische Theologin Dorothee Sölle war als Friedensaktivistin, Feministin und Autorin zahlreicher Bücher weltweit bekannt.

schaft auf der einen und christlicher Lebenspraxis auf der anderen Seite. Dorothee Sölle schrieb: «Frei werden wir erst, wenn wir uns mit dem Leben verbünden gegen die Todesproduktion und die permanente Tötungsvorbereitung. Frei werden wir weder durch Rückzug ins Private, ins 'Ohne mich', noch durch Anpassung an die Gesellschaft, in der Generale und Millionäre besonders hoch geachtet werden. Frei werden wir, wenn wir aktiv, bewusst und militant für den Frieden arbeiten lernen.»

Politisches Nachtgebet

Ende der sechziger Jahre traf sich in Köln regelmässig ein Kreis von evangelischen und katholischen TheologInnen. Als die Gruppe ihre «politische» Liturgie auf dem Katholikentag in Essen (1968) halten wollte, verschoben die Organisatoren die Veranstaltung auf 23.00 Uhr abends. Aus dieser Not machte die Gruppe eine Tugend und nannte ihre Veranstaltung «Politische Nachtgebete». Sölle stellte fest, dass theologisches Nachdenken ohne politische Konsequenzen einer Heuchelei gleichkomme. Jeder theologische Satz müsse zugleich auch ein politischer sein. Fortan galt sie in weiten Kreisen als linksradikal.

Und trotzdem: in einem rastlosen Aktivismus sieht Sölle auch kein Heil. Gerade der untrennbare Zusammenhang zwischen politischem Engagement und Glauben ist es, der ihr die Kraft gibt, nicht zu resignieren und trotz Rückschlägen

Auschnitt aus: Dulle Griet (P. Bruegel)

weiterzukämpfen. Ein grossartiges und berühmtes Buch von ihr trägt den Titel «Mystik und Widerstand». Darin geht es ihr nicht um eine zeitlose, selbstgefällige Mystik, sondern um eine, die den Himmel erdet.

Vietnam, mon amour

Im Buch «Gegenwind» erzählt Sölle von ihren prägenden Erfahrungen, Erlebnissen und von den Stationen ihres Lebens. Politisiert wurde sie durch den blutigen Krieg in Vietnam. Sie schreibt: «Ein wichtiger Teil meiner Entwicklung von einer Liberalen zu einer radikal-demokratischen Sozialistin geschah im Kontext des Vietnamkrieges. Dieser grosse Einstieg in die Linke war ein Ereignis, das für viele europäische Intellektuelle eine gravierende Rolle gespielt hat - ähnlich wie der spanische Bürgerkrieg in den dreissiger Jahren.» Im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg lernte sie die Probleme der Dritten Welt kennen. Vietnam erklärte Sölle, «hat den Kapitalismus so entlarvt wie nichts zuvor.»

Blut klebt an den Palästen der Banken

In ihren literarischen wie auch theologischen Werken und Publikationen beschreibt Sölle das «Gefängnis der Ersten Welt am Ende des Jahrtausends». Nach ihrer Ansicht wird es durch zwei Tendenzen bestimmt, die «sich als 'Globalisierung' und 'Individualisierung' perfekt ergänzen.» Seit 1989 leben wir in einer vereinheitlich globalisierten Wirtschaftsordnung der Technokratie, die eine absolute Verfügung über Raum, Zeit und Schöpfung beansprucht und herstellt. Die Maschine ist auf ein «Mehr an Schnelligkeit, Produktivität, Verbrauch und Gewinn für etwa zwanzig Prozent der Menschheit hin programmiert. Dieses Programm ist effektiver und gewältätiger als alle historisch vergleichbaren Grossreiche mit ihren babylonischen Türmen.» Blut klebt an den Palästen der Banken, erklärte sie. Die barbarische Globalisierung, der Druck der Ökonomie auf die Politik würden die Verelendung der Dritten Welt fördern. «Wir leben unter einem neuen Totalitarismus, der weit cleverer und geschickter ist als die totalitären Herrschaftsformen, die wir kennen gelernt haben. Er brüllt nicht Kommandos herum, er spricht mit softer Stimme und beherrscht doch alles.»

Die PAX AMERICANA

In einer Rede zum Aktionstag gegen den Irak-Krieg verglich Sölle die von der Bush-Administration propagierte PAX AMERICANA mit der PAX ROMANA. Beide Machtsysteme streben die alleinige Herrschaft und die Hegemonie in der Welt an. Sölle schreibt: «Sie (die PAX ROMANA) nannte sich 'Frieden' und meinte damit die absolute Herrschaft über die damalige antike Welt. Das bedeutete Ausbeutung der Schätze der unterworfenen Völker, Karthago in Nordafrika wurde zerstört, weil es dort billiges Korn gab.» Sicherlich geht es heute nicht mehr ums Korn. Das US-Imperium braucht das Öl. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Hegemonie wird in der PAX AMERICANA internationales Recht gebrochen und die Bevölkerung mit Schlagwörtern wie Verwirklichung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie belogen und hinters Licht geführt. Deshalb verlangten die USA auch «das Recht auf einen Präventivkrieg, sie drehten das Recht auf Verteidigung um in das Recht auf Selbstverteidigung durch präventives Handeln.» Dass sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischt, gehört aber zu den bisherigen Grundlagen des Völkerrechts. Für Sölle droht die Gefahr, dass damit «die internationale Ordnung, wie sie unter der Führung der Vereinten Nationen nach dem Ende des 2. Weltkrieges entstanden war, begraben wird.»

Hilar Eggel

Im Hause des Menschenfressers

Geboren in der Zeit des Gases
geriet ich später ins Haus des Menschenfressers.
Seine Frau die schöne rundliche
nahm mich fürsorglich auf
und gab mir reichlich zu essen
versteckte mich vor ihm
wenn er nach Hause kam.

Jetzt lebe ich nicht so schlecht
im Hause des Menschenfressers.
Tags geht er umher im Land
Raketen zu stationieren
die Landstrassen zu verwüsten
und die jungen Männer zu trainieren
im Doppeleinsatz draussen und drinnen.
Für den entfernten Feind
zeigt ihnen der Menschenfresser
den berühmten Erstschlag
für die Bürger im eigenen Land
die kräftig bestrahlt immer noch nicht still sind
hat er Hunde vorgesehen und Gas versteht sich.
Ich persönlich laufe tagsüber frei herum
im Hause des Menschenfressers
scherze mit seiner Frau und denk mir nichts weiter.

Nur am Abend wenn er nach Hause kommt
herumschnüffelt und mich sucht
zittere ich vor Angst
in meinem bombensicheren Kistchen
dann träumt es mir
von abgerissenen Gliedern
und von verhungerten gelblichen Kindern.

Eines Tages
das war noch nie anders
frisst uns der Menschenfresser
das war immer so
bisher.

Dorothee Sölle

Wohin frau/man geht

Alpeninitiative Wanderprogramm 2003

12. Juli bis 19. Juli
Bärenpfade im Trentino
mit Tony Schmid und Reinhard Jossen

12./13. Juli
Vom Gasterntal ins Lötschental
mit Laurent Kanert

19. Juli bis 26. Juli
Zwischen Tauern und Tagliamento
mit Rita Huwiler und Andreas Weissen

15./16. Juli
Les Cornettes de Bise
mit Jean-François Burri

8. - 10. August
Rohrbachstein - Gletscherseeli - Fluehseeli - Rezlialp
mit Gustav Tribolet

15.-17. August
Grenzschlängeln Ossola Oberwallis
mit Rita Huwiler und Anita Salzmann

23. August bis 31. August
Von den Alpen zum Meer
mit Andreas Weissen und Doris Zurwerra

23. August bis 30. August
Tessiner Täler
mit Kurt Singer

30./31. August
Modellregion Göschenen
mit Max Keller

11.-14. September
Binntal-Devero-Alpe Veglia
mit Paul Ruppen

Infos unter: www.alpeninitiative.ch

Donnerstag, 24. Juli, 20.00 im Alfred Grünwald-Saal in Brig
Öffentliche Diskussion zum Thema
«Frauen und Politik»
mit Susanne Hugo-Lötscher und Barbara Guntern

WIDERSPRUCH
Postfach
CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch

Umwelt-Agenda

Sonntag, 20. Juli, 10.00 Uhr, Simplon Hospiz
Botanische Bergwanderung: «Flora im Simplongebiet»
mit Delphine Jordan

Sonntag, 7. September, auf dem Camping Felsheim bei Mörel
Oberwalliser Umwältfäscht

Samstag, 13. September, 11.15 Uhr, Bus-Terminal Saas Fee
Glaziologische Exkursion «Gletscher erleben»
mit Benedikt Schnyder

Sonntag, 14. September, 06.00 Uhr, Parkplatz Migros Visp
Zugvogelexkursion Col de Bretolet
Ganztägige Exkursion (ausnahmsweise mit Privatfahrzeugen). Peter Salzgeber

Sonntag, 14. September, 07.00 Uhr, Bergstation Riederalp
Wildbeobachtung im Aletschwald
Leiter: Stefan Zurschmitten

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Freitag, 19. September 2003, ab 19.00 Uhr

30 Jahre Rote Anneliese Jubiläumsfest

- **Vortrag von Jürg Frischknecht (Journalist und Autor)**
- **Apéro und Essen**
- **Disco im Tünel**

Anmeldung bis 12. September 2003 unter der Nummer 027/923 63 89

Dicke Eier

Gsponer will mehr RRO-Sekunden

Der Wahlkampf ist sackbrutal. Gekämpft wird um jeden Milimeter in der Zeitung und jede Sekunde im Radio. Offenbar hat die persönliche Zeitmessung des CSPO-Nationalratskandidaten Thomas Gsponer ergeben, dass er gemessen in RRO-Sekunden hinter seinen Kontrahenden zurückliegt. Wir werden hören, ob sich seine Intervention bei der RRO-Redaktion ausbezahlt hat. Was die WB-Milimeter betrifft, liegt er übrigens gut im Rennen, wenig hinter Peter Furger, welcher allerdings nicht kandidiert.

Cina – der Halbschuh?

Da traute selbst die Rote Anneliese ihren Augen nicht: Im Wahlprospekt der CVP Schweiz erblickte sie ein Foto der Führungsriege der Schrumpfpartei. Mit dabei, Fraktionschef Jean-Michel Cina. An sich nichts Spezielles, doch die RA sah genauer hin und stutzte: Cinas Kopf seltsam zu gross, der Salgescher wirft keinen Schatten, trägt dafür sowohl einen schwarzen wie auch einen braunen Schuh. Der Sonnyboy wurde also einfach reinretouchiert. Die Message des Kataloges ist damit wohl auch klar: Wer so professionell mit Photoshop umgeht, hat es wahrlich auch verdient, in Bern weiterhin vorzugaukeln, man setze sich für die Randregionen ein.

Cäsar Jäger dementiert

Was macht der Chef eines Handelsregisteramtes beruflich, wenn er allen Unkenrufen zum Trotz nach Bern gewählt wird? Diese Frage stellte sich für Cäsar Jäger im Falle einer Kandidatur und er sprach deshalb bei Bundesrat Pascal I. vor. Kurze Zeit später trat Jäger etwas überhastet aus dem Grossen Rat zurück. Doch das hat überhaupt nichts mit dem Ausgang der Unterredung mit Couchepin zu tun, wie sogenannt gut unterrichtete Kreise wissen möchten. Und gar eine glatte Lüge ist das geradezu bösartigen Gerücht, Couchepin habe den Oberwalliser Blauen ziemlich unsaft aus seinem Bundesratszimmer gewiesen. Dazu Jäger empört: «Wir haben uns in einem Berner Restaurant zum Mittagessen getroffen.»

Verdächtiger Besuch eines Steuerbeamten

Es gibt Zufälle im Leben, die man gerne dem Reich des Übersinnlichen zu schreiben möchte. So geschehen in der Woche, wo Staatsrat Wilhelm Schnyder vor Bundesgericht zur Verantwortlichkeit des Staatsrates im Leukerbad-Debakel aussagen musste. Während einer ganzen geschlagenen Woche nistete sich ein Steuerbeamter aus Schnyders Finanzdepartement beim Anwalt der Gläubiger-Gemeinden ein, welche den Kanton in die finanzielle Pflicht nehmen möchten. Niemand in der Oberwalliser Anwaltsgemeinde mag sich an eine «Razzia» in ähnlichem Ausmass erinnern. Vermutungen allerdings, wer die Steuerkontrolle angeordnet haben könnte, entbehren jeglicher Grundlage.

WB-Bundesrat Couchepin

Als Bundesrat Pascal Couchepin an einer Versammlung der Walliser RentnerInnen in Martinach nicht erschien, obwohl er das Patronat hatte, wurde er lautstark ausgepfiffen. Der Nouvelliste vermeldete dies anderntags genüsslich. Im WB hingegen suchte die geneigte Leserschaft vergelblich nach einem entsprechenden Vermerk, weil mittlerweile den Stuhl «unseres Bundesrates Adolf Ogi» der Schutzpatron St. Pascal I. eingenommen hat.

Baltschieder: Brückenbau bei Hochwasser

Die Oberwalliser Brückenbauer können offenbar mehr als ihnen der Staatsrat und das Kantonsgericht zutraut: Die Baltschieder-Brücke wird bei Hochwasserstand der Rhone gebaut. Nach Ansicht des Staatsrates ist das unmöglich, das heisst eine solche Brücke kann nur bei Niedrigwasser im Frühjahr gebaut werden. So hat jedenfalls der Staatsrat argumentiert, um einer Beschwerde vor Kantonsgericht die aufschiebende Wirkung teilweise zu entziehen. Die «Brückenspezialisten» beim Kantonsgericht folgten dem Staatsrat. Nun werden sie von den Bauunternehmern eines besseren lehrt.

Prost, Herr Rey-Bellet!

Landauf landab gilt an jedem Arbeitsplatz: Kein Alkohol bei der Arbeit! Natürlich gilt das nicht für Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet und seinen Sektionschef Ignaz Burgener: In einer ganzseitigen Fotoreportage im WB prosten sich die beiden auf dem Furkapass ungeniert mit einem Glas Fendant zu. Daneben stehen die tonnenschweren Baumaschinen zur Räumung der Passstrasse. Selbstverständlich sind Rey-Bellet und Burgner nach dem mittäglichen Umtrunk mit dem Postauto nach Oberwald gefahren.

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Zi-Täter

«Die Handelskammer setzt sich grundsätzlich für verbesserte Rahmenbedingungen ein und darf sich folgerichtig nicht von der öffentlichen Hand subventionieren lassen. Alle unsere Tätigkeiten in Italien werden jetzt selber finanziert.» *Thomas Gsponer im WB*

Rote Anneliese: ***Nachdem Gsponer-Mitarbeiter Arthur Kahl fünf Jahre lang für insgesamt 300 000 Franken aus der Kantonskasse die dolce vita in Milano genoss!***

«Dieses Magazin *(gemeint ist die Weltwoche)* entwickelt sich tatsächlich zu einem liberal-konservativen Organ. Zu seinen Mitarbeitern zählt übrigens auch Peter Bodenmann.» *Joseph Blatter im WB*

Rote Anneliese: ***Die Zeitung, in welcher der rechtskonservative Blatter schreibt, entwickelt sich immer mehr zu einem Chäs-Blatt. Vielleicht erinnert sich dadurch Blatter wenigstens an das Desaster der Zentral-Käserei Niederernen.***

«In Chemin lernten wir Frau Couchepin an diesem Samstag im Mai als perfekte Gastgeberin kennen und genossen eine vorzügliche Geflügelpastete und dann Walliser Spargeln an einer zarten Zitronensauce, die in wohltuendem Gegensatz steht zur gängigen, meist eher mastigen Zubereitung.» *Luzius Theler im WB-Extra*

Rote Anneliese: ***Schuster bleib bei Deinen Leisten und vergiss die Gefügelpastete!***

«Die Vertreter der CVPO in Bern denken und handeln ausgesprochen sozial, natürlich nicht sozialistisch und setzen sich für die Randregionen ein, wo immer sie können.» *WB-Parteienforum*

Rote Anneliese: ***Und wo sie es nicht können, da verzeihe ihnen der hochwürdige Beichtvater. Denn berufsbedingt ist auch er in der Regel ein Nicht-Sozialist, ein Anti-Kommunist und gegen den Anti-Christ.***

Arnold AG entlässt die Mitarbeiter

Andere Firmen übernehmen Belegschaft

SUSTEN – **Die rund 50 Mitarbeiter der Arnold AG und der Ilfa Rekies AG wurden entlassen. Die meisten arbeiten mittlerweile bei anderen Baufirmen. «Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende» ist der Grundtenor. In einem angeblichen WB-Leserbrief der Belegschaft hatte es noch anders getönt. Kein Wunder, der Schreiber hiess CSPO-Sekretär Roberto Schmidt.**

VON KURT MARTI UND CYRILL PINTO

Die konkursiten Firmen Arnold AG und Ilfa Rekies AG des ehemaligen CSPO-Politikers Paul Inderkummen haben alle Mitarbeiter entlassen und der Bezirksrichter hat die Nachlassstundung gewährt. Heute arbeiten die meisten ehemaligen Mitarbeiter der Arnold AG bei anderen Oberwalliser Bauunternehmungen, zum Beispiel bei der Bati-Group und der Schnyder Vitus AG. Wie Insider berichten, haben diverse Angestellte den Lohn für die letzten Monaten bei der Arnold AG nicht vollständig ausbezahlt erhalten. Die neuen Mitarbeiter der Bati-Group AG sind froh, dass die Zeit der Unsicherheit endlich ein Ende hat.

Investoren vor Dummheit bewahrt

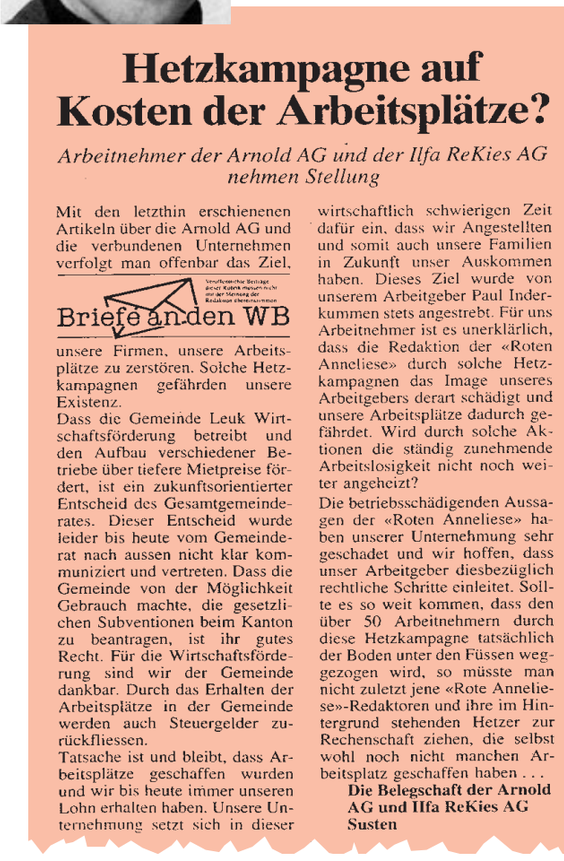
Noch im März erschien im WB ein Leserbrief «Hetzkampagne auf Kosten der Arbeitsplätze», unterzeichnet von der Belegschaft der Arnold AG und der Ilfa Rekies AG (siehe Kopie). Die Autoren des Leserbriefes wollten die RA-Redaktion zur Rechenschaft ziehen, falls die Firmen bachab gehen. Der Schreibstil und die Wortwahl verriet den Schreiber des angeblichen Belegschafts-Briefes: CSPO-Sekretär Roberto Schmidt. Etwas zu spät suchten er und Inderkummen noch einen Sündenbock. Dass Inderkummen im WB nach eingereichter Nachlassstundung noch zu behaupten wagte, die *Rote Anneliese* habe durch ihre Veröffentlichung der Firma den Bogen gegeben, weil dadurch potenzielle Investoren abgeschreckt worden seien, ist wirklich der Hammer. Wenn dem tatsächlich so gewesen wäre, dann kann man nur sagen: Offenbar sollten diese Investoren über den finanziellen Zustand der Firma im Unklaren gelassen werden. Dank den Informationen der Roten Anneliese wurden sie folglich vor finanziellen Dummheiten bewahrt.

Der Bezirksrichter hat für die beiden Inderkummen-Firmen die definitive Nachlassstundung gewährt. Zumindest für die Ilfa Rekies AG ist dies fragwürdig, weil es bei dieser nichts mehr zu holen gibt. Wenn schon, hätte Bezirksrichter Amédée Steiner, beziehungsweise der mit dem Dossier beauftragte Substitut Uli Kalbermatter, eine provisorische Nachlassstundung mit einer Frist von zwei Monaten gewähren müssen, um vorerst die Fakten abzuklären.

Inderkummen baute Villa von Otto G.

Inderkummen gehörte zu jenen Oberwalliser Unternehmern, welche Otto G. Loretan erneut auf den Leim gingen. Wie die RA schon im letzten November berichtete, führte die Firma Arnold AG die Maurerarbeiten an Otto G.s neuer Villa in Randogne aus. Wie die Wirtschaftszeitung «Cash» in ihrer jüngsten Ausgabe schreibt, haben die meisten, der am Bau beteiligten Firmen noch ausstehende Rechnungen, insgesamt eine halbe Million Franken. Erstaunlicherweise hat gemäss RA-Recherchen die Arnold AG als einzige Firma kein Pfandrecht auf Loretans Villa eingetragen. An einer allfälligen Bevorteilung Inderkummens dürften die anderen Firmen, gar keine Freude haben.

Roberto Schmidt: *Die Wortwahl verrät den Schreibtischtäter*



Hetzkampagne auf Kosten der Arbeitsplätze?

Arbeitnehmer der Arnold AG und der Ilfa ReKies AG nehmen Stellung

Briefe an den WB

Mit den letzthin erschienenen Artikeln über die Arnold AG und die verbundenen Unternehmen verfolgt man offenbar das Ziel, unsere Firmen, unsere Arbeitsplätze zu zerstören. Solche Hetzkampagnen gefährden unsere Existenz.

Dass die Gemeinde Leuk Wirtschaftsförderung betreibt und den Aufbau verschiedener Betriebe über tiefere Mietpreise fördert, ist ein zukunftsorientierter Entscheid des Gesamtgemeinderates. Dieser Entscheid wurde leider bis heute vom Gemeinderat nach aussen nicht klar kommuniziert und vertreten. Dass die Gemeinde von der Möglichkeit Gebrauch machte, die gesetzlichen Subventionen beim Kanton zu beantragen, ist ihr gutes Recht. Für die Wirtschaftsförderung sind wir der Gemeinde dankbar. Durch das Erhalten der Arbeitsplätze in der Gemeinde werden auch Steuergelder zurückfliessen.

Tatsache ist und bleibt, dass Arbeitsplätze geschaffen wurden und wir bis heute immer unseren Lohn erhalten haben. Unsere Unternehmung setzt sich in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit dafür ein, dass wir Angestellten und somit auch unsere Familien in Zukunft unser Auskommen haben. Dieses Ziel wurde von unserem Arbeitgeber Paul Inderkummen stets angestrebt. Für uns Arbeitnehmer ist es unerklärlich, dass die Redaktion der «Roten Anneliese» durch solche Hetzkampagnen das Image unseres Arbeitgebers derart schädigt und unsere Arbeitsplätze dadurch gefährdet. Wird durch solche Aktionen die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit nicht noch weiter angeheizt?

Die betriebsschädigenden Aussagen der «Roten Anneliese» haben unserer Unternehmung sehr geschadet und wir hoffen, dass unser Arbeitgeber diesbezüglich rechtliche Schritte einleitet. Sollte es so weit kommen, dass den über 50 Arbeitnehmern durch diese Hetzkampagne tatsächlich der Boden unter den Füssen weggezogen wird, so müsste man nicht zuletzt jene «Rote Anneliese»-Redaktoren und ihre im Hintergrund stehenden Hetzer zur Rechenschaft ziehen, die selbst wohl noch nicht manchen Arbeitsplatz geschaffen haben . . .

Die Belegschaft der Arnold AG und Ilfa ReKies AG Susten

Der heitere Schluss

Staatsrat Wilhelm Schnyder: ***«Zuerst muss der Schnauz weg, dann rasiere ich ein Walliser Wappen auf den Kopf!»***

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 178 / Juli 2003
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis